

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

## INHALT:

<b>Editorial</b>	Seite 236
<b>GI Aktuell</b>	Seite 236
<b>GI Leitsätze</b>	Seite 238
<b>Steuerberaterhaftung</b> Grundstücksverkauf, Vorsteuerabzug / Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden (BGH, Urt. v. 30.3.2000 - IX ZR 53/99)	Seite 238
<b>Fristenkontrolle</b> Unvollständige Revisionsbegründung / Prüfung der Vollständigkeit des Schriftsatzes? (BGH, Beschl. v. 18.11.1999 - III ZR 87/99)	Seite 241
<b>Notarhaftung</b> Verlesen der Urkunde, § 13 BeurkG / Schutzzweck des Verlesens / Mehrere z.T. gleich lautende Verträge (OLG Frankfurt, Urt. v. 16.3.1999 - 8 U 173/98)	Seite 244
<b>Steuerberaterhaftung</b> Herausgabeanspruch des Mandanten / Bargeld und Schecks / Honorarrechnung wegen Betriebsprüfung / Einforderbarkeit, Aufrechnung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.2.1999 - 13 U 19/98)	Seite 248
<b>Versicherungsschutz</b> Verjährung, § 12 VVG / Deckungsbereich, Steuerberater-Police / Treuhänderische Geldanlage (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.4.1998 - 4 U 150/97)	Seite 250
<b>Angestellter Rechtsanwalt</b> Haftung / Anscheinshaftung / Sachwalterhaftung (LG Berlin, Urt. v. 24.6.1998 - 9 C 322/97)	Seite 253
<b>GI Hinweise: Arbeitsrecht / Kündigung</b>	Seite 255
<b>Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis</b>	Seite 256



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, einen typischen Haftpflichtsachverhalt musste der BGH entscheiden, nachdem der Kläger feststellte, dass er fälschlich ein **Grundstück ohne Mehrwertsteuerausweis verkauft** hatte. Dies hatte Folgen für den bis dahin von ihm in Anspruch genommenen Vorsteuerabzug. Der Kläger machte Schadenersatzansprüche wegen der **Vorsteuerkorrektur** geltend. Der BGH wies die Sache an das OLG zurück und gab hierzu ergänzende Erläuterungen, die über den Einzelfall hinaus von Interesse sind: Wenn das OLG meint nicht erkennen zu können, ob dem Grundsatz des beratungskonformen Verhaltens zu folgen sei, weil alle Alternativen zum gleichen Schaden geführt hätten, muss dies im Einzelnen dargelegt werden. Ob darüber hinaus der **Käufer mit einem um die USt erhöhten Kaufpreis einverstanden** gewesen wäre, beurteilt sich nicht nach den strengen Beweismaßstäben des § 286 ZPO, sondern nach den erleichterten Beweisgrundsätzen des § 287 ZPO.

Zur **Fristenkontrolle** bestätigt der BGH, dass der Rechtsanwalt einen dem äußeren Ansehen nach fehlerfreien Schriftsatz nicht von Anfang bis Ende durchblättern und auf **fehlende Seiten** untersuchen muss.

Das OLG Frankfurt musste sich mit der **Beurkundung im wesentlichen übereinstimmender Verträge** befassen. Es kam zu dem Ergebnis, dass – außer bei Sammelbeurkundungen – die beurkundeten Erklärungen **vorgelesen** werden müssen. Abstriche dürfen auch bei entsprechenden **Wünschen der Parteien** nicht gemacht werden. Rechtsfolge einer unwirksamen Beurkundung ist deren Nichtigkeit.

Welche Probleme entstehen, wenn der Steuerberater **Geld vom Mandanten erhält, um Steuern und andere Schulden zu begleichen**, zeigt ein Urteil des OLG Düsseldorf. Daneben wird beschrieben, wie eine ordnungsgemäße Rechnung des Steuerberaters wegen dessen **Teilnahme an einer Betriebsprüfung** aussieht.

Ein interessantes **Versicherungsurteil** legt das OLG Düsseldorf vor. Es behandelt zum einen die Frage der Verjährung des Versicherungsanspruchs des Steuerberaters gegen den Berufshaftpflichtversicherer und zum anderen den **Deckungsausschluss bei treuhänderischer Geldanlage im Devisenhandel**.

Abschließend das LG Berlin zur **fehlenden Sozietäts haftung**, wenn der **ausgeschiedene Kollege** zwar noch im Briefkopf steht, aber auf dessen Ausscheiden mit Datum hingewiesen wird.

Die gemeinsam **mit der Deutschen Ausgleichsbank erstellte neue CD-ROM zur Existenzgründung einer freiberuflichen Praxis einschließlich des Praxiskaufs** wird Ihnen im November angeboten werden. Der Inhalt wird im kommenden Heft vorgestellt.



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

### BFH: Überlassung eines Hausanteils an den getrennt lebenden Ehegatten als Unterhaltsleistung (Realsplitting)

Häufig erwerben Eheleute während ihrer Ehe gemeinsam ein Einfamilienhaus als Miteigentümer. Trennen sie sich und überlässt aufgrund einer entsprechenden Unterhaltsvereinbarung ein Ehegatte dem anderen Ehegatten das Haus zur alleinigen Nutzung und übernimmt er sämtliche verbrauchsunabhängigen Kosten (z.B. Schuldzinsen) für das Haus, so fragt sich, ob diese Leistungen steuerlich berücksichtigt werden können.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 12.4.2000 – XI R 127/96 nunmehr entschieden, dass der überlassende Ehegatte **sowohl den Mietwert seines Miteigentumsanteils an dem Haus als auch die Hälfte der von ihm getragenen verbrauchsunabhängigen Kosten als Sonderausgaben im Rahmen des so genannten begrenzten Realsplittings (bis zu 27.000 DM) abziehen kann**. Voraussetzung ist, dass der andere Ehegatte dem Abzug zustimmt, denn bei ihm werden diese Beträge als „sonstige Einkünfte“ versteuert.

Der BFH ist damit nicht der Auffassung der Finanzverwaltung (in H 86b des Amtlichen Einkommensteuer-Handbuchs) gefolgt, wonach nur die durch die Nutzung verursachten Aufwendungen (z.B. Grundsteuer, Kosten von Heizung, Strom, Wasser, Abwasser- und Müllbeseitigung) als Unterhaltsleistungen anzuerkennen sind. (BFH, Urt. v. 12.4.2000 – XI R 127/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 27.7.2000

### BFH: Durch Rückumtausch von Fremdwährungsguthaben in DM erzielte Kursgewinne sind als Spekulationsgeschäfte steuerbar

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte über den Fall eines Anlegers zu entscheiden, der zu Lasten seines privaten Girokontos ein Guthaben in ausländischer Währung auf einem Fremdwährungskonto erworben und als Festgeld angelegt hatte. Nach Auslaufen der Festgeldanlage wurde das Fremdwährungsguthaben wieder in ein DM-Guthaben getauscht.

Da inzwischen der Kurs der ausländischen Währung gestiegen war, bekam der Anleger für sein eingesetztes Kapital einen höheren DM-Betrag zurück.

Der BFH sah darin ein steuerpflichtiges Spekulationsgeschäft, weil der Erwerb des Fremdwährungsguthabens und sein Rücktausch in DM innerhalb der gesetzlichen Spekulationsfrist von sechs Monaten (heute beträgt diese Frist ein Jahr) stattgefunden hatten (Urteil vom 2.5.2000 – IX R 74/96).

Dies gelte auch dann, wenn der Steuerpflichtige sich allein wegen der Zinsen für eine Anlage in ausländischer Währung entschieden habe; **eine Spekulationsabsicht setze die Regelung des § 23 Einkommensteuergesetz nicht voraus.** (BFH, Urt. v. 2.5.2000 – IX R 74/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 10.8.2000

#### BFH: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung durch Vermieten eines Flugzeugs

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 2.5.2000 – IX R 71/96 entschieden, dass die Einkünfte aus der Vermietung eines in die so genannte Luftfahrzeugrolle eingetragenen Flugzeugs in der Regel als solche aus Vermietung und Verpachtung i.S.v. § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) zu qualifizieren sind.

Im Streitfall hatten die Steuerpflichtigen ein mehrstrahliges **Verkehrsflugzeug erworben und es zeitgleich an die Verkäuferin zurückvermietet**. Diese hatte nach dem Mietvertrag die Stellung als Halterin des Flugzeugs zu übernehmen, sämtliche Wartungs- und Reparaturkosten zu tragen und das Flugzeug nach Ablauf der Mietzeit generalüberholt zurückzugeben.

Während die Steuerpflichtigen den im ersten Jahr ihrer Vermietungstätigkeit erlittenen Verlust als Werbungskostenüberschuss bei den – in vollem Umfang ausgleichs- und abzugsfähigen – Einkünften aus Vermietung und Verpachtung geltend gemacht hatten, hatte das beklagte Finanzamt und ihm folgend das Finanzgericht (FG) die Einkünfte als – lediglich eingeschränkt ausgleichsfähige – sonstige Einkünfte i.S.v. § 22 Nr. 3 EStG beurteilt.

Der BFH hat nunmehr die Rechtsauffassung der Steuerpflichtigen bestätigt. Er hat zunächst klargestellt, **dass die Vermietung eines Flugzeugs regelmäßig dann keine gewerbliche Tätigkeit darstellt, wenn der Vermieter neben der reinen Nutzungsüberlassung keine weiteren Leistungen erbringt.**

Sodann hat er entschieden, dass die Vermietung eines in die Luftfahrzeugrolle eingetragenen Flugzeugs der Vermietung eines in ein Schiffsregister eingetragenen Seeschiffes gleichzustellen ist und daher zu Einkünften aus Vermietung und Verpachtung i.S.d. § 21 Abs. 1 Nr. 1 EStG führt.

Allerdings hat der BFH die Sache **an das FG zurückverwiesen, damit dieses u.a. prüft**, ob die Steuerpflichtigen bei der Vermietung des Flugzeugs mit **Einkünfteerzielungsabsicht** gehandelt haben oder ob ein – steuerrechtlich unbeachtlicher – Fall so genannter Liebhaberei vorliegt.

(BFH, Urt. v. 2.5.2000 – IX R 71/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 17.8.2000

#### BFH: Keine Gewinnerhöhung durch Verzinsung des negativen Gesellschafter-Kapitalkontos

Mit Urteil vom 4.5.2000 – IV R 16/99 hat sich der Bundesfinanzhof (BFH) zu der Frage geäußert, ob sich der Gewinn einer Personengesellschaft dadurch erhöht, dass ein Gesellschafter Zinsen für ein negatives Kapitalkonto an die Gesellschaft zahlt. Der BFH entschied, die Zinsen seien keine Betriebseinnahme der Gesellschaft, sondern dienten nur der zutreffenden Verteilung des Gewinns unter den Gesellschaftern.

Ein Kommanditist leistete über Bankkonten der von ihm beherrschten GmbH & Co. KG Zahlungen für private Zwecke. **Dass er der Gesellschaft Rückzahlung der Beträge schuldete, dokumentierte diese durch Ausweis einer Forderung auf der Aktivseite ihrer Bilanz.** Dieser Bilanzposten wurde über viele Jahre fortgeführt, da der Gesellschafter keine ausreichenden Rückzahlungen vorgenommen hatte.

Nach dem Gesellschaftsvertrag handelte es sich bei dem Konto um ein „**veränderliches Darlehenskonto**“, das im Fall eines Guthabens zugunsten des Gesellschafters, im Fall einer Schuld **zu Lasten des Gesellschafters zu verzinsen** war. Da im Streitfall das Konto immer eine Schuld des Gesellschafters auswies, wurden ihm jeweils zum Jahresende die vertraglich geschuldeten Zinsen belastet. **Das Finanzamt sah darin eine Betriebseinnahme der Gesellschaft und erhöhte dementsprechend den Gewinn.**

Der BFH war anderer Meinung.

Er hielt das Gesellschafterkonto nicht für ein Darlehenskonto, sondern für einen Bestandteil des Kapitalkontos. **Nur Zinsen, die die Gesellschaft für ein Darlehen erhält, können nach seiner Auffassung den Gewinn erhöhen.**

Leisten Gesellschafter für negative Kapitalkonten Zinsen, dient dies nur dem Zweck, die Verteilung des Gewinns unter den Gesellschaftern richtig vorzunehmen. Dem Gesellschafter, der sein Konto überzogen hat, steht dann entsprechend weniger vom Gewinn zu. Die ihm belasteten Zinsen sind ein negativer Vorabgewinn.

**Von entscheidender Bedeutung** für die Gewinnauswirkung von Gesellschafterzinsen ist deshalb **die Charakterisierung des Gesellschafterkontos als Kapitalkonto oder als Darlehenskonto.**

Sie richtet sich nach dem Gesellschaftsvertrag und den tatsächlich vorgenommenen Verbuchungen von Entnahmen, Einlagen und Gewinn- oder Verlustanteilen. Werden Verlustanteile auf dem Gesellschafterkonto eines Kommanditisten erfasst, beurteilt der BFH das betreffende Konto immer als Kapitalkonto.

So war auch im Streitfall in einem Verlustjahr verfahren worden, worauf der BFH seine Beurteilung des Gesellschafterkontos maßgeblich stützte.

(BFH, Urt. v. 4.5.2000 – IV R 16/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 31.8.2000

## GI Leitsätze

### Rechtsanwalt/Störer/Titelschutzanzeigen

1. Ein Rechtsanwalt, der für einen Mandanten eine Schutzanzeige für einen Titel aufgibt, durch den die Titelrechte eines Dritten verletzt werden, ist (Mit-)Störer.

2. Ist er entschlossen, den Namen des Mandanten nicht preiszugeben, schuldet er die Kosten einer auch gegen ihn gerichteten Abmahnung.

3. Ob eine Verpflichtung besteht, dem Verletzten den Namen zu nennen, ist jedenfalls nicht ohne eine Würdigung aller Umstände zu beantworten.

(OLG Hamburg, Urt. v. 21.10.1999 – 3 U 19/99, OLG-Report 2000, 189)

## Steuerberaterhaftung

- Grundstücksverkauf, Vorsteuerabzug
- Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden

(BGH, Urt. v. 30.3.2000 – IX ZR 53/99)

### Leitsatz:

Zur haftungsausfüllenden Kausalität, wenn ein Steuerberater seine Pflicht verletzt, den Mandanten auf die Folgen hinzuweisen, die sich aus dem umsatzsteuerfreien Verkauf eines Grundstücks für den Vorsteuerabzug ergeben.

### Zum Sachverhalt:

Der Beklagte betreute die Klägerin über einen längeren Zeitraum in deren steuerlichen Angelegenheiten. Mit Vertrag vom 24.3.1993 veräußerte die Klägerin einen Teil ihres Grundbesitzes an die K. GmbH & Co. KG für 7,2 Mio. DM. In einem weiteren, am selben Tag geschlossenen „Werkvertrag“ übertrug sie der Firma H. die Altlastensanierung, zu der sich die Klägerin in dem Grundstückskaufvertrag verpflichtet hatte, zum Pauschalpreis von 800.000 DM, in dem 104.347,83 DM Mehrwertsteuer enthalten und gesondert ausgewiesen waren.

Auf dem verkauften Grundstücksteil befand sich unter anderem eine von der Klägerin bis dahin vermietete Lackierhalle. Die daraus erzielten Mieteinkünfte hatte die Klägerin gemäß § 9 Abs. 1 UStG unter Verzicht auf die Steuerfreiheit nach § 4 Nr. 12 Buchst. a UStG der Umsatzsteuer unterworfen. In der gemäß § 4 Nr. 9 Buchst. a UStG steuerfreien Veräußerung des Teilgrundstücks sah das zuständige Finanzamt eine Änderung der Verhältnisse i.S.d. § 15a UStG.

Es erließ deshalb am 5.7.1996 einen geänderten Umsatzsteuerbescheid für 1993, in dem Vorsteuerbeträge aus den Jahren 1991 bis 1993 in Höhe von 111.472,01 DM zurückgefordert wurden. Den Vorsteuerabzug in Höhe der im Werklohn von 800.000 DM enthaltenen Mehrwertsteuer von 104.347,83 DM lehnte das Finanzamt mit der Begründung ab, die Sanierung stehe mit dem steuerfreien Verkauf des Grundstücks „in Verbindung“.

Die Klägerin wirft dem Beklagten vor, er habe sie im Zusammenhang mit den Verträgen vom 24.3.1993 fehlerhaft beraten. Sie hat ihn mit der Begründung, er hätte ihr empfehlen müssen, den Grundstücksverkauf der Umsatzsteuer zu

unterwerfen, auf Ersatz des Rückforderungsbetrags von 111.472,01 DM zuzüglich vom Finanzamt festgesetzter Zinsen in Höhe von 8.580 DM sowie der nicht zum Vorsteuerabzug zugelassenen 104.347,83 DM – insgesamt 224.399,84 DM – in Anspruch genommen.

Das Landgericht hat der Zahlungsklage hinsichtlich der beiden erstgenannten Beträge (zusammen 120.052,01 DM) stattgegeben und sie im Übrigen abgewiesen. Das Berufungsgericht hat die Klage, nachdem die Klägerin anstatt Zahlung der 120.052,01 DM Freistellung „von ihren Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt ... aus der Rückforderung von Vorsteuerbeträgen“ verlangt und im Übrigen einen Feststellungsantrag gestellt hatte, insgesamt abgewiesen.

Mit der Revision verfolgt die Klägerin die in der Berufungsinstanz gestellten Anträge weiter. Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

#### Aus den Gründen:

##### I.

Nach den Ausführungen des Berufungsgerichts hat der Beklagte seine Pflichten als Steuerberater dadurch verletzt, dass er die Klägerin nicht vor Abschluss der Verträge auf die Folgen für den Vorsteuerabzug hingewiesen hat, die sich aus einem umsatzsteuerfreien Verkauf des Grundstücks ergaben. Das lässt keinen Rechtsfehler erkennen und wird auch von der Revisionserwiderung nicht angegriffen.

##### II.

Das Berufungsgericht hat die Klage mit der Begründung abgewiesen, es sei nicht bewiesen, dass der Klägerin infolge der Pflichtverletzung des Beklagten ein Schaden entstanden sei. Der Aussage eines der vernommenen Zeugen sei zu entnehmen, dass mehrere Alternativen zum Zweck der Vermeidung des Steuernachteils bestanden hätten. Welche davon gewählt worden wäre, lasse sich nicht feststellen.

Bei der von der Klägerin wohl in erster Linie ins Auge gefassten Unterwerfung des Grundstücksverkaufs unter die Mehrwertsteuer wäre ein Schaden nur vermieden worden, wenn die Käuferin bereit gewesen wäre, zusätzlich zum vereinbarten Kaufpreis von 7,2 Mio. DM die darauf entfallende Mehrwertsteuer zu zahlen. Auch das

habe die Klägerin aber nicht bewiesen. Für den Fall, dass sie nach pflichtgemäßer Beratung durch den Beklagten von dem Verkauf des Grundstücks abgesehen hätte, sei nicht dargelegt, dass der Wert des Grundbesitzes höher sei als der Betrag, der der Klägerin nach Abzug der Vertragskosten und der an das Finanzamt zurückzuzahlenden Vorsteuern von dem Kaufpreis geblieben sei.

Die darin liegende rechtliche Beurteilung greift die Revision mit Erfolg an.

1. Das Berufungsgericht ist zutreffend davon ausgegangen, **dass der Mandant eines Steuerberaters (wie auch eines Rechtsanwalts) die Ursächlichkeit einer von diesem begangenen Pflichtverletzung für einen dadurch angeblich entstandenen Schaden zu beweisen hat** (BGHZ 123, 311, 314 ff). Dabei können dem Mandanten jedoch die Beweiserleichterungen des Anscheinsbeweises (BGHZ, a.a.O.) und des § 287 ZPO (BGH, Urt. v. 7.3.1996 – IX ZR 169/95, WM 1996, 1333 f; v. 11.7.1996 – IX ZR 116/95, WM 1996, 2074, 2076) zu Hilfe kommen.

a) Das Berufungsgericht hat gemeint, nicht feststellen zu können, wie sich die Klägerin bei pflichtgemäßer Beratung durch den Beklagten verhalten hätte, weil es mehrere Alternativen gegeben habe. Daran ist richtig, dass der **Erfahrungssatz des beratungsgemäßen Verhaltens nur dann in Betracht kommt, wenn ein bestimmter Rat geschuldet war und es in der gegebenen Situation unvernünftig gewesen wäre, diesen Rat nicht zu befolgen** (BGH, Urt. v. 10.12.1998 – IX ZR 358/97, WM 1999, 645, 646).

Für die vom Berufungsgericht genannten weiteren Alternativen – neben der Unterwerfung des konkret abgeschlossenen Grundstückskaufvertrags unter die Umsatzsteuer sei es möglich gewesen, die Fabrikhalle entweder nicht mit zu verkaufen oder über sie einen gesonderten umsatzsteuerpflichtigen Vertrag zu schließen – gibt es aber, wie die Revision zu Recht rügt, im vorgetragenen Sachverhalt keine Grundlage.

Die Klägerin hat behauptet, es wäre derselbe Kaufvertrag mit einer um die Mehrwertsteuer erhöhten Kaufpreisvereinbarung geschlossen worden. Allenfalls hätte sie, wenn die Käuferin dazu nicht bereit gewesen wäre, vom Verkauf insgesamt abgesehen. Die vom Ehemann der Klägerin als Zeugen erwähnten vier verschiedenen Pläne hatten mit der damals gerade wegen der mangelhaften Beratung durch den Beklag-

ten in ihrer Bedeutung nicht erkannten Mehrwertsteuerfrage nichts zu tun.

Im Übrigen hätte das Berufungsgericht – die Revision weist darauf zu Recht hin –, wenn es die Klage an diesem Problem scheitern lassen wollte, darlegen müssen, warum der Klägerin bei allen jenen anderen Gestaltungsmöglichkeiten mindestens derselbe Schaden entstanden wäre.

b) Bei einem Schadenersatzanspruch aus Vertragsverletzung gehört der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung und dem Eintritt eines daraus erwachsenen allgemeinen Vermögensschadens nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht mehr zur haftungsbegründenden, sondern zur so genannten **haftungsausfüllenden Kausalität**. Für deren Nachweis gelten **nicht die strengen Beweisführungsmaßstäbe des § 286 ZPO, sondern die in § 287 ZPO vorgesehenen Beweiserleichterungen** (BGH, Urt. v. 16.12.1993 – IX ZR 30/93, WM 1994, 602, 603; v. 28.9.1995 – IX ZR 158/94, WM 1995, 2075, 2079; v. 25.11.1999 – IX ZR 332/98, WM 2000, 197, 198). Nach § 287 ZPO reicht für die richterliche Überzeugung eine überwiegende, freilich auf gesicherter Grundlage beruhende Wahrscheinlichkeit.

Die Ausführungen des Berufungsgerichts lassen nicht erkennen, dass es sich der Anwendbarkeit des herabgesetzten Beweismaßes bewusst war. Vielmehr deuten die strengen Anforderungen, die es an den Beweis der von der Klägerin behaupteten hypothetischen Zustimmung der Käuferin zur Erhöhung des Kaufpreises um die Mehrwertsteuer gestellt hat, und die Betonung des Rechtssatzes, wonach die Klägerin „die volle Beweislast für die Kausalität des Beratungsfehlers des Beklagten für einen bei ihr eingetretenen Schaden“ habe, darauf hin, dass das Berufungsgericht seine Beweiswürdigung an dem Maßstab des § 286 ZPO ausgerichtet hat.

Es ist nicht auszuschließen, dass das Berufungsgericht bei Anwendung des § 287 ZPO zur Feststellung eines anderen Beweisergebnisses gelangt wäre. Wie sich die Käuferin verhalten hätte, wenn ihr die zusätzliche Zahlung der Mehrwertsteuer abverlangt worden wäre, kann nicht in erster Linie danach beurteilt werden, was die für sie handelnden Personen später, insbesondere auch in der Beweisaufnahme erklärt haben. Es handelt sich dabei um eine hypothetische Frage, für deren Beantwortung vor allem die bei Vertragsschluss bestehende Interessenlage von Bedeutung ist.

Für die Käuferin wäre, wie das Berufungsgericht im Ansatz selbst gesehen hat, die Mehrwertsteuer im Wesentlichen nur ein durchlaufender Posten gewesen, der sie als solcher nicht zusätzlich belastet hätte.

Das Berufungsgericht hat im Anschluss an die Aussage des früheren Geschäftsführers der Käuferin, Dr. B., wonach bei Hinzurechnung der Mehrwertsteuer „das Geschäft dann komplizierter geworden und ... wohl nur gegen eine weitere Leistung zustande gekommen“ wäre, gemeint, auch ein so genannter durchlaufender Posten erfordere wirtschaftliche Dispositionen, die das Unternehmen in seiner wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen könnten, zumal es hier um „enorme“ Summen gegangen sei, die zeitweise dem Betrieb nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Damit ist offenbar gemeint, **dass die Käuferin die Mehrwertsteuer grundsätzlich bis zur Erstattung durch das Finanzamt hätte finanzieren müssen**. Dabei kann es sich aber nur um die Zeitspanne bis zum Ablauf des Voranmeldungszeitraums (§ 18 Abs. 1 UStG) gehandelt haben. In der dann abzugebenden Umsatzsteuervoranmeldung hätte die Käuferin den Mehrwertsteuerbetrag als Vorsteuer mit ihrer eigenen Umsatzsteuerschuld verrechnen können. Soweit er dadurch nicht aufgezehrt worden wäre, **hätte auch die Möglichkeit bestanden, der Klägerin anstelle der Begleichung des die Mehrwertsteuer betreffenden Kaufpreisteils den dann dem Finanzamt gegenüber bestehenden Erstattungsanspruch abzutreten** (vgl. Schuhmann, in: Rau/Dürnwächter, UStG 8. Aufl., § 18 Rdnr. 111 ff.).

Auf diese Möglichkeit hat übrigens der Beklagte selbst im Zusammenhang mit dem Mitverschuldenseinwand hingewiesen, den er darauf gestützt hat, dass die Klägerin nicht versucht habe, im Nachhinein eine Erhöhung des Kaufpreises um die Mehrwertsteuer zu erreichen. Soweit der Käuferin letztlich Nachteile verblieben wären – **unstreitig wäre eine höhere Grunderwerbsteuerbelastung entstanden** –, hätte die Klägerin sie ihr nach ihrem Vortrag erstattet.

Eine solche Erstattung dürfte – jedenfalls unter anderem – mit der „weiteren Leistung“ gemeint gewesen sein, die die Klägerin nach der Aussage des Zeugen Dr. B. hätte erbringen müssen. **Die durch eine solche „Leistung“ im Ergebnis bewirkte Kaufpreisschmälerung würde freilich den der Klägerin vom Beklagten zu ersetzenden Schaden mindern.**

## Fristenkontrolle

Die Revision rügt jedoch zu Recht, dass das Berufungsgericht die von der Klägerin behauptete Bereitschaft, der Käuferin „entgegenzukommen“, bei der Beantwortung der Frage, ob diese sich auf eine Erhöhung des Kaufpreises eingelassen hätte, nicht erkennbar berücksichtigt hat.

Schließlich hätte das Berufungsgericht das Vorbringen der Klägerin, sie hätte notfalls das Grundstück überhaupt nicht verkauft, nicht mit der Begründung für unbeachtlich erklären dürfen, die Klägerin habe nicht dargelegt, dass der Verkehrswert des Grundstücks höher sei als der Nettokaufpreis. Hierbei hat es – auch dies beanstandet die Revision zu Recht – **übersehen, dass die Klägerin unter Beweisantritt behauptet hat, der Grundstückswert, der bei Vertragsschluss dem Kaufpreis entsprochen habe, sei seitdem gestiegen.**

Das Berufungsgericht hat zwar zusätzlich ausgeführt, die Klägerin habe aus Liquiditätsgründen das Grundstück verkaufen müssen, und sich dabei auf einen Brief des Ehemannes der Klägerin sowie eine Aktennotiz gestützt. Diese Feststellung hätte es jedoch – auch dies beanstandet die Revision zu Recht – nicht treffen dürfen, ohne zuvor dem unter Beweis gestellten gegenteiligen Vortrag der Klägerin nachzugehen.

### III.

Das Berufungsurteil ist somit aufzuheben. Das Berufungsgericht wird nunmehr unter Berücksichtigung der vorstehend erörterten Gesichtspunkte die Frage, ob die Klägerin die Entstehung eines Schadens infolge der mangelhaften Beratung durch den Beklagten bewiesen hat, unter Anwendung des Beweismaßstabs des § 287 ZPO erneut zu beantworten haben.

Gegebenenfalls wird sodann die Höhe des Schadens zu ermitteln sein. Dabei wird der Beklagte Gelegenheit haben, seine insoweit in der Revisionserwidern geltend gemachten Einwendungen vorzutragen.

Der Senat weist ferner darauf hin, dass eine etwaige Verurteilung des Beklagten zur Freistellung der Klägerin von dem Vorsteuererstattungsanspruch des Finanzamts abweichend von dem von der Klägerin formulierten Antrag den genauen Betrag angeben müsste, den der Beklagte an das Finanzamt zu zahlen hätte, weil anderenfalls das Urteil nicht nach § 887 ZPO vollstreckbar wäre.

- Unvollständige Revisionsbegründung
- Prüfung der Vollständigkeit des Schriftsatzes?  
(BGH, Beschl. v. 18.11.1999 – III ZR 87/99)

#### Leitsatz:

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann auch zur Nachholung von Verfahrensrügen gewährt werden, sofern die Revisionsbegründungsschrift infolge eines Büroversehens nicht vollständig rechtzeitig an das Revisionsgericht gelangt ist (Abgrenzung zum Senatsurteil vom 13.2.1997 – III ZR 285/95, NJW 1997, 1309 = GI 1998, 3).

#### Aus den Gründen:

#### I.

Die Klägerin nimmt die Beklagte aus abgetretenem Recht der M.-KG auf Zahlung einer Maklerprovision in Höhe von 845.320 DM zuzüglich Zinsen sowie auf Auskunft über den von der Beklagten für die erworbene Wohnanlage gezahlten Kaufpreis in Anspruch. Sie hat den Abschluss eines „Makler-Rahmenvertrags“ sowie einen stillschweigenden Vertragsschluss in Bezug auf das streitige Objekt behauptet; hilfsweise hat die Klägerin sich auf § 354 HGB berufen.

Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Abschluss eines Maklervertrags sei nicht nachgewiesen. Zu § 354 HGB enthält das landgerichtliche Urteil, auf das das Berufungsgericht Bezug nimmt, lediglich die Bemerkung, mangels Zustandekommens eines Maklervertrags könne die beanspruchte Provision auch nicht unter dem Gesichtspunkt des § 354 HGB verlangt werden (Hinweis auf BGH, Urt. v. 31.3.1982 – IVa ZR 4/81, NJW 1982, 1523; OLG Koblenz, NJW 1985, 2771, 2772).

Gegen das Berufungsurteil hat die Klägerin rechtzeitig Revision eingelegt und nach Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist bis zum 9.9.1999 das Rechtsmittel mit Schriftsatz vom selben Tage begründet. **Die Revisionsbegründungsschrift ist beim Bundesgerichtshof unvollständig eingegangen; von dem zehnteiligen Schriftsatz fehlen die Seiten 5 bis 8.**

**In den eingereichten und auf der letzten Seite auch von der Prozessbevollmächtigten der Klägerin unterzeichneten Teilen wird im Wesent-**

**lichen ausgeführt, die Klägerin verfolge ihren Anspruch, gestützt auf § 354 HGB, weiter.** Bei dieser Norm handele es sich nicht um einen vertraglich begründeten Anspruch, sondern um eine eigene gesetzliche Anspruchsgrundlage, die dann greife, wenn vertragliche Beziehungen fehlten (*Hinweis auf RGZ 122, 229, 232; BGHZ 95, 393, 398; BGH, Urt. v. 28.1.1993 - I ZR 222/90, NJW-RR 1993, 802; Wagner, in: Röhrich/Graf v. Westphalen, HGB, § 354 Rdnr. 4, 5*). Die M.-KG sei Kaufmann und ihre Tätigkeit sei kausal gewesen für den Erwerb der Wohnanlage durch die Beklagte.

Mit Schriftsatz vom 14.9.1999 hat die Klägerin die fehlenden Seiten 5 bis 8 der Revisionsbegründungsschrift – mit weiteren Darlegungen zum Tatbestand des § 354 HGB einschließlich mehrerer Verfahrensrügen – nachgereicht und zugleich um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Begründung der Revision gebeten. Dazu hat sie vorgetragen und glaubhaft gemacht:

Am Nachmittag des 9.9.1999 habe ihre Prozessbevollmächtigte die Revisionsbegründung nach der Einarbeitung von Korrekturen vollständig auf Konzeptpapier ausgedruckt und den Schriftsatz insgesamt überprüft, dabei noch einige kleinere Verbesserungen vorgenommen und diese selbst in den PC eingegeben. Anschließend habe die langjährige, zuverlässige und überprüfte Mitarbeiterin ihrer Prozessbevollmächtigten, R., den Schriftsatz ausgedruckt und hierbei festgestellt, dass die Seiten 1 bis 4, 9 und 10 schief eingezogen waren. Diese Seiten habe Frau R. erneut ausdrucken lassen, kopiert, geheftet und mit den aufgeschlagenen Schlussseiten der Rechtsanwältin zur Unterschrift vorgelegt. Infolge von Störungen durch Telefonanrufe, den Postboten und einen Handwerker habe die Mitarbeiterin vergessen, die einwandfreien Seiten 5 bis 8 einzufügen sowie die Urschrift auf Vollständigkeit zu kontrollieren.

## II.

Der Wiedereinsetzungsantrag hat insoweit Erfolg (§ 233 ZPO), als es um die Nachholung der auf den Seiten 5 bis 8 der Revisionsbegründungsschrift enthaltenen Verfahrensrügen geht. Hinsichtlich der Sachrügen bedarf es keiner Wiedereinsetzung, weil bereits durch die rechtzeitig übermittelten Teile des Schriftsatzes vom 9.9.1999 die Frist zur Revisionsbegründung gewahrt ist und neue Rügen zur Verletzung materiellen Rechts daher auch nach Ablauf der

Revisionsbegründungsfrist noch nachgeschoben werden können (*vgl. Reichold, in: Thomas/Putzo, ZPO 22. Aufl., § 554 Rdnr. 16; Stein/Jonas/Grunsky, ZPO 21. Aufl., § 554 Rdnr. 21*).

1. Die vor Fristende eingereichten Ausführungen Seite 1 bis 4, 9 und 10 des Schriftsatzes vom 9.9.1999 genügen den Mindestanforderungen an eine Revisionsbegründung. **Nach § 554 Abs. 3 ZPO muss die Revisionsbegründung neben den Revisionsanträgen (Nr. 1) die Angabe der Revisionsgründe unter Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm enthalten (Nr. 3 Buchst. a).** Das setzt zwar auch eine Auseinandersetzung mit den tragenden Gründen des angefochtenen Urteils voraus (*BGH, Urt. v. 11.7.1974 - IX ZR 24/73, MDR 1974, 1015; BAG, NJW 1998, 2470*). Deren Mindestgehalt hängt indes vom Inhalt der angegriffenen Urteilsbegründung ab.

Beschränkt sich diese – wie hier zu der alternativ in Betracht kommenden Anspruchsgrundlage des § 354 HGB – in einem knappen Satz auf einen einzigen Gesichtspunkt (Fehlen eines Maklervertrags), so reicht es hin, wenn die Revisionsbegründung eine solche Rechtsauffassung bekämpft und lediglich ähnlich kurz darlegt, warum diese Ansicht unrichtig sein soll.

Von daher war die Revision der Klägerin schon durch die mit Nachweisen aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung und dem neueren Schrifttum belegten Rüge, bei § 354 HGB handele es sich um eine eigene gesetzliche Anspruchsgrundlage, die dann greife, wenn vertragliche Beziehungen fehlten, ordnungsgemäß begründet, ohne dass es für die Zulässigkeit des Rechtsmittels noch einer Auseinandersetzung mit dem Tatbestand der Vorschrift im Übrigen bedurft hätte, wie sie auf den folgenden – bei Fristablauf noch fehlenden – Seiten 5 bis 8 der Revisionsbegründungsschrift beabsichtigt war.

2. Ist – wie im Streitfall – innerhalb der Revisionsbegründungsfrist eine wirksame, jedoch inhaltlich unvollständige Revisionsbegründung eingereicht worden, so kommt allerdings eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur nachträglichen Geltendmachung einzelner Verfahrensrügen nach übereinstimmender höchstrichterlicher Rechtsprechung im Zivil- und Verwaltungsprozessrecht, auch des Senats, grundsätzlich nicht in Betracht (*RGZ 121, 5, 6; Senatsurt. v. 13.2.1997 - III ZR 285/96, NJW 1997, 1309, 1310 = VersR 1997, 643, 644 = LM § 233 [A] ZPO Nr. 9 m. abl. Anm. Wax; BAG, AP Nr. 18, 20 zu § 72 ArbGG 1953 - Divergenzrevision; NJW 1962,*



2030; BVerwGE 28, 18, 21 f; s. auch BFHE 122, 34, 35 [anders nach erfolgreicher Ablehnung eines Richters im Beschwerdeverfahren: BFHE 134, 525, 531 f; BFH/NV 1996, 234, 235]; ebenso etwa: Zöller/Greger, ZPO 21. Aufl., § 233 Rdnr. 9; a.A.: Stein/Jonas/Grunsky, § 554 Rdnr. 22 m.w.N.).

Das ist als Regel – mit freilich nicht wenigen Ausnahmen bei besonderen Verfahrenslagen – in der Rechtsprechung der Strafsenate des Bundesgerichtshofs auch für das Strafverfahrensrecht anerkannt (vgl. BGHSt 1, 44, 46 f; 14, 330, 332 f; 31, 161; Beschl. v. 7.9.1993 – 5 StR 162/93, wistra 1993, 347; v. 25.4.1996 – 1 StR 6/96, NStZ-RR 1996, 233, 234; v. 3.12.1997 – 3 StR 514/97, BGHR-StPO § 44 – Verfahrensrüge 12) und basiert – neben dem Wortlaut der §§ 233 ZPO, 44 StPO (Versäumung der **Frist**, nicht einzelner Prozesshandlungen; vgl. RGZ 121, 5, 6) – auf dem Gedanken, das Institut der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sei nicht dazu bestimmt, die inhaltliche Unvollständigkeit einer an sich fristgerecht eingelegten Rechtsmittelbegründung durch Nachschieben von Rügen zu heilen (Senatsurt. v. 13.2.1997, a.a.O.; BAG, NJW 1962, 2030; BVerwGE 28, 18, 21 f).

Die diesen Entscheidungen zugrunde liegenden Sachverhalte unterscheiden sich indessen wesentlich von der hier maßgebenden Fallgestaltung. Im Streitfall geht es nicht um die nachträgliche **Ergänzung** einer abgeschlossenen und vom Rechtsmittelführer ursprünglich selbst als vollständig angesehenen Rechtsmittelbegründung, sondern um die **Korrektur eines Übermittlungsfehlers**, als Folge dessen Teile der bereits konzipierten und im Entwurf fertiggestellten Revisionsbegründungsschrift nicht an das Revisionsgericht gelangt sind.

Insofern kann es nicht auf den zufälligen Umstand ankommen, ob der fristgerecht eingegangene Rest des Schriftsatzes (vielleicht gerade noch) die Mindestanforderungen an eine Rechtsmittelbegründung wahrt. Der verfassungsrechtliche Grundsatz rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG), als dessen Ausprägung auch das Wiedereinsetzungsrecht zu sehen ist, verlangt vielmehr – mangelndes Verschulden vorausgesetzt – in beiden Alternativen eine Berücksichtigung des vollständigen Schriftsatzes.

Andernfalls stände der Revisionskläger bei einer weniger gravierenden Lücke schlechter als wenn er eine gänzlich unzureichende Revisionsbegründung eingereicht hätte, bei der eine Wiedereinsetzung fraglos zulässig gewesen wäre.

**Aus diesen Gründen gewähren zu Recht auch die Strafsenate des Bundesgerichtshofs in Fällen, in denen es lediglich an einer fristgerechten Übersendung von Teilen einer einheitlichen Revisionsbegründung (oder einer von mehreren gleichzeitigen Revisionsbegründungsschriften) fehlt, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** (vgl. BGHSt 14, 330, 333 f; BGH, Urt. v. 28.10.1980 – 1 StR 235/80, NStZ 1981, 110; Beschl. v. 28.9.1982 – 1 StR 425/82, NStZ 1983, 34; v. 20.8.1996 – 1 StR 378/96, BGHR-StPO § 44 – Verfahrensrüge 11 = NStZ 1997, 46; s. auch BGHSt 31, 161, 162 f). Für den Zivilprozess kann insoweit nichts anderes gelten.

Mit dieser Beurteilung weicht der Senat im Hinblick auf die in maßgebenden Teilen unterschiedlich gelagerten Sachverhalte nicht von den angeführten Entscheidungen der anderen obersten Bundesgerichte ab. Einer Vorlage an den Gemeinsamen Senat gemäß § 2 des Gesetzes zur Wahrung der Rechtseinheit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes bedarf es deswegen nicht.

3. Auch die weiteren Voraussetzungen des § 233 ZPO sind hier gegeben. Die Klägerin hat glaubhaft gemacht, dass sie ohne ein ihr zuzurechnendes (§ 85 Abs. 2 ZPO) Verschulden ihrer Prozessbevollmächtigten gehindert war, die auf den Seiten 5 bis 8 ihrer Revisionsbegründungsschrift enthaltenen Verfahrensrügen innerhalb der Revisionsbegründungsfrist anzubringen.

**Der Rechtsanwalt muss die Rechtsmittel- und Rechtsmittelbegründungsschriften zwar auch persönlich auf Richtigkeit und Vollständigkeit prüfen** (vgl. BGH, Beschl. v. 6.5.1992 – XII ZB 39/92, VersR 1993, 79; v. 20.2.1995 – II ZB 16/94, NJW 1995, 1499; Zöller/Greger, § 233 Rdnr. 23 – Ausgangskontrolle m.w.N.). **Er ist aber nicht gehalten, den dem äußeren Ansehen nach fehlerfreien Schriftsatz von Anfang bis Ende durchzublättern und auf fehlende Seiten zu kontrollieren. Derart einfache Tätigkeiten darf er seinem entsprechend angewiesenen und überprüften Büropersonal überlassen.**

Vorliegend hat die Klägerin aber durch den Sachvortrag ihrer Prozessbevollmächtigten sowie die eidesstattliche Versicherung deren Mitarbeiterin glaubhaft gemacht, dass die Rechtsanwältin die notwendige Ausgangskontrolle allgemein angeordnet hatte und sie dabei ihrer sonst zuverlässigen Angestellten vertrauen durfte.

## Notarhaftung

- Verlesen der Urkunde, § 13 BeurkG
- Schutzzweck des Verlesens
- Mehrere z.T. gleich lautende Verträge  
(OLG Frankfurt, Urt. v. 16.3.1999 - 8 U 173/98)

### Leitsatz:

Beurkundungsanforderungen an den Notar bei nacheinander erfolgenden und zu verlesenden ganz oder teilweise übereinstimmenden Verträgen.

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger verlangen von den Beklagten die Bezahlung des Kaufpreises für ein Grundstück. Die Kläger sind Eigentümer eines Baugrundstücks auf Rügen. Die Baugenehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses mit drei Wohneinheiten und einer Carport-Anlage wurde ihnen am 24.1.1995 erteilt. Der von den Klägern unterschriebene Bauantrag sieht zur Gründung die Fertigung einer „Sohlplatte gemäß Statik mit weißer Wanne“ vor.

Das Grundstück wurde den Beklagten von einem ortsansässigen Makler zum Kauf angeboten. Dieser wies darauf hin, dass eine Baugenehmigung bereits vorliege und Architektenkosten bis zur Erteilung der Baugenehmigung im Kaufpreis eingeschlossen seien. Die Parteien vereinbarten, dass der Kaufvertrag von dem Streithelfer der Kläger, der als Notar tätig ist, in dessen Amtssitz ohne Anwesenheit der Kläger notariell beurkundet werde.

Der Streithelfer nahm am 28.6.1996 die notarielle Beurkundung des Kaufvertrages in seinen Büroräumen vor. Die Beklagten werden in der Urkunde in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter bürgerlichen Rechts auf der Käuferseite aufgeführt. Auf der Verkäuferseite trat für die Kläger der Zeuge W. als vollmachtloser Vertreter auf. Der vereinbarte Kaufpreis von 190.000 DM sollte binnen vier Wochen auf ein vom Streithelfer zu errichtendes Anderkonto gezahlt werden.

Entgegen dem Vermerk des Notars am Ende der Urkunde wurde die Niederschrift nicht insgesamt vorgelesen. Es war nämlich unmittelbar vor der Beurkundung des Vertrages zwischen den Parteien vom Streithelfer ein weiterer Kaufvertrag über ein auf Rügen gelegenes Grundstück beurkundet. Parteien dieses zuvor beurkundeten Vertrages sind der Zeuge W. und die Beklagten.

Der Zeuge W. war gewonnen worden, für die Kläger anschließend als vollmachtloser Vertreter aufzutreten. Um Zeit zu gewinnen, sah der Streithelfer bei der zweiten Beurkundung von einem nochmaligen Verlesen derjenigen Textteile des Vertrages ab, welche inhaltlich mit dem zuvor vollständig verlesenen und beurkundeten Vertrag übereinstimmten.

Die Kläger genehmigten den Vertragsschluss durch beglaubigte Unterschriftsleistungen am 5.7.1996. Der Kläger zu 2) übersandte dem Streithelfer am 9.7.1996 die Pläne und Genehmigungen für den Neubau, welche dieser an die Beklagten weiterleitete.

Der Kaufpreis wurde nicht geleistet.

Die Beklagten erklärten durch Schreiben vom 2.10.1996 gegenüber dem Streithelfer den Rücktritt vom Kaufvertrag. Sie warfen den Klägern vor, sie hätten wider besseres Wissen beim Vertragsabschluss die teilweise Vermoorung des Grundstücks nicht bekannt gegeben. Der Streithelfer brachte das Rücktrittsschreiben den Klägern zur Kenntnis. In der Folgezeit erklärten die Beklagten auch die Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung. Sie folgerten aus dem Umstand, dass die Baugenehmigung die Errichtung einer „weißen Wanne“ zwingend vorschreibe, den Klägern müsse der schlechte Baugrund bekannt gewesen sein.

Das LG hat nach Vernehmung des Streithelfers und des vollmachtlosen Vertreters W. als Zeugen über den Beurkundungshergang die Klage mit der Begründung abgewiesen, es liege keine wirksame Beurkundung des Kaufvertrages vor. Es hat die Anwendbarkeit des § 13 Abs. 2 BeurkG mit der Begründung ausgeschlossen, da der erste Beurkundungsvorgang bei der Beurkundung des Vertrags zwischen den Parteien bereits vollständig abgeschlossen gewesen sei, habe keine Sammelbeurkundung vorgelegen.

Die Berufung ist zulässig.

### Aus den Gründen:

Der Streithelfer einer Partei ist befugt, für die von ihm unterstützte Partei ein Rechtsmittel einzulegen (BGH v. 28.3.1985 - VII ZR 317/84, MDR 1985, 751 = NJW 1985, 2480; BGH, Urt. v. 15.6.1989 - VII ZR 227/88, MDR 1989, 1095 = NJW 1990, 190; 1995, 199; 1997, 2386; Zöller/Vollkommer, ZPO 21. Aufl., § 67 Rz. 5).

Es ist im Hinblick auf die Regelung des § 67 ZPO darauf zu achten, dass sich der Streithelfer mit der Einlegung des Rechtsmittels nicht in einen Widerspruch zum Handeln der unterstützten Partei begibt. Ein solcher Widerspruch zu Erklärungen oder Handlungen der unterstützten Kläger ist jedoch nicht ersichtlich. Aus dem Umstand, dass die Kläger selbst davon abgesehen haben Berufung einzulegen, kann jedenfalls nicht auf das Vorliegen eines solchen Widerspruchs gefolgert werden. Von einem Widerspruch ist erst dann auszugehen, wenn sich ein gegenteiliger Wille der unterstützten Partei feststellen lässt (BGH, WM 1990, 2077). Dafür gibt es jedoch keine Anhaltspunkte.

Rechtsfolge der Einlegung eines Rechtsmittels durch den Streithelfer ist aber nicht, dass der Streithelfer Partei des Rechtsstreits wird; vielmehr vertritt er die unterstützte Partei.

Die Berufung der Kläger ist jedoch unbegründet. Ansprüche auf Bezahlung des Kaufpreises und Ersatz des Verzugsschadens bestehen nicht. Mit Recht hat das LG die Wirksamkeit des Abschlusses eines Kaufvertrages über das Grundstück der Kläger verneint, weil die gemäß § 313 BGB gebotene Form der notariellen Beurkundung nicht eingehalten wurde.

Dabei spielt es für die Gültigkeit einer Beurkundung keine Rolle, dass bei der Beurkundung möglicherweise vom Streithelfer **der Amtsbezirk nicht eingehalten wurde** (BGH, NJW 1998, 3790). Die Gültigkeit eines beurkundeten Geschäfts, bei welchem vom Notar der Amtsbezirk überschritten wurde, stellen §§ 2 BeurkG, 11 Abs. 3 BNotO ausdrücklich klar.

**Die Formnichtigkeit der vom Streithelfer vorgenommenen Beurkundung ergibt sich jedoch daraus, dass die beurkundeten Erklärungen entgegen der Vorschrift des § 13 Abs. 1 Satz 1 BeurkG nicht vorgelesen wurden.** Nach dem Wortlaut dieser Vorschrift ist ein Verlesen für die Wirksamkeit der Beurkundung zwingende Voraussetzung. Dabei ist es selbstverständlich, dass das Gebot des Verlesens nach dieser Vorschrift nur dann eingehalten ist, wenn die vollständige Niederschrift der Erklärungen verlesen wird. Nur auf diese Weise kann der **Schutzzweck**, welcher mit dem Verlesen erreicht werden soll, auch erzielt werden.

Unklarheiten und etwaige Mehrdeutigkeiten oder Missverständnisse sollen beseitigt werden, indem die Gelegenheit zur Nachfrage beim

beurkundenden Notar gegeben ist. Den Erklärenden soll durch das vollständige Verlesen der Niederschrift noch einmal der gesamte Umfang und die Bedeutung der abgegebenen Erklärungen vor Augen geführt werden. **Anderenfalls besteht nämlich die Gefahr, dass sich die erklärende Partei kein umfassendes Bild von der Tragweite ihrer Erklärungen macht** (BayObLG, DNotZ 1974, 51). Dass eine vollständige Verlesung des hier in Rede stehenden Vertrages nicht vorgenommen wurde, ist unter den Parteien des Rechtsstreits unstreitig.

Die Wirksamkeit der Beurkundung kann auch nicht deshalb angenommen werden, weil die **Erleichterungen beim Verlesen der Niederschrift gemäß § 13 Abs. 2 BeurkG** hier in Betracht kommen. Nach dieser Vorschrift ist es zur Vereinfachung erlaubt, bei Aufnahme mehrerer Niederschriften mit gänzlich oder teilweise übereinstimmendem Wortlaut den übereinstimmenden Wortlaut nur einmal zu verlesen. Indes ist der Senat aufgrund der durchgeführten Beweisaufnahme davon überzeugt, dass weder eine Sammelbeurkundung i.S.d. § 13 Abs. 2 BeurkG von vornherein geplant war noch dass eine solche wirksam durchgeführt wurde.

**Gegen eine solche Annahme spricht bereits, dass die Niederschriften der beiden Verträge keinerlei Hinweise darauf enthalten, dass der Streithelfer von der Regelung des § 13 Abs. 2 BeurkG Gebrauch machen wollte.**

Zwar wird man aus diesem Umstand allein sicherlich nicht folgern können, dass eine unwirksame Beurkundung vorliegt, denn die Vorschriften des BeurkG sehen nicht vor, dass in der jeweiligen Niederschrift kenntlich zu machen ist, dass wegen der Aufnahme mehrerer Urkunden der gleichlautende Wortlaut der einzelnen Niederschriften nur einmal verlesen wurde. Es liegt aber gleichwohl nahe, dass der beurkundende Notar durch einen entsprechenden Vermerk sicherstellt, dass auch erkannt werden kann, auf welche Weise die Beurkundung vorgenommen wurde.

Denn nur dann kann auch der Hergang der Beurkundung nachvollzogen werden; später auftretenden Streitigkeiten über die Wirksamkeit der Beurkundung wird vorgebeugt. Folglich legt das Fehlen eines entsprechenden Vermerks durch den Streithelfer auch die Vermutung nahe, dass er bei der Aufnahme der Niederschriften nicht die Regelung des § 13 Abs. 2 BeurkG im Auge hatte.

Der Senat folgert auf die Unwirksamkeit der Beurkundung gemäß § 13 Abs. 2 BeurkG aber vor allem deswegen, **weil auch der tatsächliche Ablauf der Beurkundungen nicht der Regelung dieser Vorschrift entsprochen hat.** Mit dem LG geht nämlich der Senat davon aus, dass eine einmalige Verlesung gleich lautender Erklärungen, die sich auf in mehreren Urkunden niedergelegte Rechtsgeschäfte beziehen, nur dann zulässig ist, wenn sämtlichen Betroffenen beim ersten Verlesen auch klar ist, dass sich der verlesene Text auch auf ihre Erklärung bezieht.

Denn nur auf diese Weise ist sichergestellt, dass der Erklärende aufmerksam zuhört und gegebenenfalls den Notar zu Erläuterungen auffordert. Geht dagegen ein Zuhörer davon aus, der verlesene Text berühre seine Angelegenheit nicht, ist die Hürde für einen Zuhörer sehr groß, gleichwohl bei Unverständnis um Erläuterung zu bitten. Die Lebenserfahrung spricht sogar dafür, dass er auf eine Erläuterung verzichten wird, weil er den anderen Beteiligten nicht lästig fallen und den Beurkundungsvorgang nicht aufhalten will.

Der Schutzzweck, welchem das gebotene Verlesen der Niederschrift dienen soll, wird auch dann nicht sichergestellt, **wenn dem Erklärenden erst bei der Beurkundung einer weiteren Erklärung eröffnet wird, der verlesene Inhalt des zuvor beurkundeten Geschäfts gelte ganz oder teilweise auch für die nunmehr niedere-zulegende Erklärung.**

Es liegt auf der Hand, dass die Gefahr besteht, dass der vom folgenden Vorgang Betroffene sich nicht mehr oder zumindest nicht mehr vollständig an das zuvor Verlesene erinnert und dass ihm auch nicht die Zusammenhänge so klar gemacht werden, wie dies geboten ist und wie dies auch durch ein Kenntnisnehmen von den niedergelegten Erklärungen im Zusammenhang erreicht wird.

**Der Schutzzweck wird aber auch dann nicht erreicht, wenn Personenidentität hinsichtlich der nacheinander niedergelegten Erklärungen besteht, die Erklärenden beim Verlesen im Rahmen der zunächst niedergelegten Erklärung aber noch nicht darauf aufmerksam gemacht werden, dass der verlesene Text auch für die anschließend vorzunehmende Beurkundung Gültigkeit hat.**

Auch hier besteht die Gefahr, dass bei der anschließenden Beurkundung mit unvollständiger

Verlesung die Zusammenhänge nicht mehr vollständig hergestellt werden können, weil die geforderte Erinnerungsleistung nicht gelingt.

Dem Senat erscheint ohnehin eine zeitlich aufeinander folgende Beurkundung gemäß § 13 Abs. 2 BeurkG bedenklich, wenn auch der Wortlaut des Gesetzes über den zeitlichen Ablauf der Beurkundung mehrerer Erklärungen in unterschiedlichen Niederschriften nichts Ausdrückliches besagt. Denn es lässt sich schlechterdings nicht übersehen, dass wegen der gebotenen Erinnerungsleistung ein Erklärender bei der zeitlich später vorgenommenen Beurkundung überfordert werden kann.

Die **Beweisaufnahme** vor dem Senat hat aber ohnehin ergeben, dass der Zeuge W., der bei Beurkundung des Kaufvertrages zwischen den Parteien dieses Rechtsstreits als vollmachtloser Vertreter aufgetreten ist, erstmalig von seinem gewünschten Auftreten erfahren hat, nachdem seine Angelegenheit bereits vollständig erledigt war.

Der Zeuge T. hat zwar bei seiner Vernehmung vor dem Senat den Eindruck erwecken wollen, es sei bereits vor Beginn der ersten Beurkundungstätigkeit ein Auftreten des Zeugen W. geplant gewesen und dieser sei auch über seine beabsichtigte Rolle als vollmachtloser Vertreter im zweiten, beurkundeten Vertrag aufgeklärt worden. Ebenso sei dem Zeugen W. auch klar gewesen sei, dass die zunächst verlesenen Erklärungen auch für das weitere Geschäft von Bedeutung seien. Der Senat schenkt dem Streit-helfer und Zeugen T. in diesen Punkten jedoch keinen Glauben.

Zum einen wurde schon darauf hingewiesen, dass dann auch die Aufnahme eines entsprechenden Hinweises beim Beurkundungsvorgang selbst nahe gelegen hätte; zum anderen leuchtet es auch schwerlich ein, dass beim Zeugen T. bei seiner Vernehmung vor dem Senat eine bessere Erinnerung an die Einzelheiten des Beurkundungsvorgangs bestanden hat gegenüber derjenigen vor dem LG, obwohl letztere den zu beurkundenden Vorgängen zeitlich deutlich näher liegt.

Im Übrigen spricht jedoch die Aussage des Zeugen W. gegen einen Ablauf der Geschehnisse entsprechend der Schilderung des Zeugen T. Der Zeuge W. hat nämlich in für den Senat eindrucksvoller Weise bekundet, dass er erst für sein Auftreten bei der zweiten Beurkundung

gewonnen wurde, nachdem seine Angelegenheit bereits vollständig abgeschlossen war. Es ist nicht zu verkennen, dass das Zurückhalten des Zeugen, der seine Angelegenheit bereits vollständig abgeschlossen hatte, ein recht außergewöhnliches Ereignis darstellt, so dass auch damit gerechnet werden kann, dass dieses Ereignis in der Erinnerung des Zeugen haften bleibt.

Dasselbe gilt auch in umgekehrtem Sinne für die vom Streithelfer aufgestellte Behauptung, er habe den Zeugen W. sofort gebeten, sich auch für den zweiten Beurkundungsvorgang bereitzuhalten. Wäre eine solche, aus dem Rahmen des Üblichen fallende Bitte tatsächlich sogleich vorgetragen worden, hätte der Zeuge W. sich sicherlich daran erinnert, weil dann der gesamte Ablauf der Geschehnisse sich für ihn unter anderen Voraussetzungen abgespielt hätte.

Der Zeuge hat aber anschaulich vermittelt, dass bei ihm aufgrund der Unruhe beim ersten Beurkundungsvorgang der Eindruck entstanden ist, dass der Streithelfer und möglicherweise auch die Beklagten das Eintreffen einer Notariatsangestellten erwarteten.

Dieser Umstand spricht dafür, dass der Streithelfer T. zunächst damit rechnete, seine Mitarbeiterin werde als vollmachtslose Vertreterin entsprechend den gerichtsbekannten Gepflogenheiten bei Beurkundungsvorgängen auftreten können, und man sich erst entschloss, an den Zeugen heranzutreten, nachdem sich diese Möglichkeit zerschlagen hatte.

Der Zeuge W. ist bei seiner Aussage etwaigen Unsicherheiten und Vorhaltungen des Streithelfers T. nachgegangen, letztlich doch bei seinen Angaben geblieben, wobei aufgrund des Aussageverhaltens des Zeugen ebenfalls erkennbar wurde, dass er sich der Richtigkeit seiner Aussage auch gewiss ist. Die hohe **Detaildichte** der Aussage des Zeugen W., die auf der anderen Seite aber auch nicht Einzelheiten oder gar Nebensächlichkeiten enthält, deren Speicherung in der Erinnerung gar nicht erwartet werden kann, spricht für die inhaltliche Richtigkeit der Beurkundungen.

Aufgrund der neutralen Stellung des Zeugen W., für welchen offensichtlich mit dem Inhalt seiner Aussage keinerlei Konsequenzen im Verhältnis zu den am Rechtsstreit Beteiligten oder sonstigen Dritten verbunden sind, gibt es auch keinerlei Bedenken an dessen Glaubwürdigkeit.

Der Senat ist daher davon überzeugt, dass die Beurkundungen sich in der Weise abgespielt haben, wie sie von dem Zeugen geschildert werden. Dem Zeugen war bei der Verlesung der für seine Angelegenheit bedeutsamen Erklärungen nicht klar, dass inhaltsgleiche Erklärungen auch in einem nachfolgend zu beurkundenden Geschäft erforderlich sein würden.

Sonstige Möglichkeiten der Einschränkung der Vorlesungspflicht des Notars gemäß §§ 13a, 14 BeurkG kommen ersichtlich hier nicht in Betracht.

Rechtsfolge einer unwirksamen Beurkundung ist gemäß § 125 BGB die Unwirksamkeit des beurkundeten Rechtsgeschäfts. Die Kläger können auch nicht für sich in Anspruch nehmen, die Berufung der Beklagten auf die **Formnichtigkeit verstoße gemäß § 242 BGB gegen Treu und Glauben**, weil diese sich treuwidrig verhielten.

Zwar mag es zutreffen, dass die unwirksame Beurkundung auf Veranlassung der Beklagten vorgenommen wurde. Dieser Umstand ändert jedoch nichts daran, dass es zur selbstverständlichen Amtspflicht des Notars gehört, darauf zu achten, dass die Regeln einer ordnungsgemäßen Beurkundung eingehalten werden. Dabei darf er auch nicht dem Drängen einer Partei nachgeben, aus irgendwelchen Gründen Abstriche im gebotenen Inhalt seiner Amtsführung zu machen.

**Dies kann nur bedeuten, dass der Fehler bei der Beurkundung nicht in den Verantwortungsbereich der Beklagten fallen kann.** Die Kläger können ihnen daher auch nicht treuwidriges Verhalten vorwerfen.

**Ebenso wenig kann aus dem Umstand, dass die Kläger die gefertigte Niederschrift ohne Beanstandungen genehmigt haben, auf ein anderes Ergebnis gefolgert werden.** Zwar mag es sein, dass diese ohnehin dem Verlesen keine Bedeutung beigemessen hätten, jedoch haben die vorangegangenen Ausführungen gezeigt, dass eine Abänderung der gesetzlichen Formvorschriften nicht in der Disposition der Parteien steht.

Im Übrigen zeigen die Vorhaltungen der Beklagten im ersten Rechtszug hinsichtlich des Umfangs der Beurkundung, dass ein vollständiges Verlesen trotz der damaligen gegenteiligen Auffassung der Beklagten durchaus sinnvoll gewesen wäre, denn dann hätten möglicherweise schon damals diese Streitpunkte ausgeräumt werden können.

## Steuerberaterhaftung

- Herausgabeanspruch des Mandanten
  - Bargeld und Schecks
  - Honorarrechnung wegen Betriebsprüfung
  - Einforderbarkeit, Aufrechnung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 4.2.1999 - 13 U 19/98)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Der Herausgabeanspruch des Mandanten gegen den Steuerberater wegen diesem gegebener Geldbeträge zur Begleichung von Steuerschulden und anderen Verbindlichkeiten verjährt gemäß § 195 BGB in 30 Jahren.

2. Die Honorarrechnung für Hilfe bei einer Betriebsprüfung muss § 29 StBGebV angeben und unterschrieben sein. Mit nicht einfordbaren Forderungen i.S.v. § 9 StBGebV kann der Steuerberater nicht aufrechnen.

### Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten hat in Höhe von 1.304 DM Erfolg. Im Übrigen ist sie unbegründet.

Die Klägerin hat gegen den Beklagten aus dem zugrunde liegenden Auftragsverhältnis einen Zahlungsanspruch in Höhe von insgesamt 29.586,34 DM gemäß den §§ 675, 667 BGB.

**Die Klägerin hat dem Beklagten in den Jahren 1990 und 1991 verschiedene Geldbeträge in Form von Schecks und Bargeld gegeben, die der Beklagte zur Begleichung von Steuerschulden und nach dem bestrittenen Vortrag des Beklagten auch zur Tilgung anderer Verbindlichkeiten der Klägerin und ihres Ehemannes verwenden sollte. Für den Herausgabeanspruch des Auftraggebers gegen den Beauftragten gilt gemäß § 195 BGB die 30-jährige Verjährungsfrist, so dass der Anspruch der Klägerin nicht verjährt ist.**

Soweit der Beklagte bestreitet, dass ihm oder seinem Sohn, der die Klägerin und ihren Ehemann als Steuerberater betreut hat, die von der Klägerin vorgetragene Geldbeträge zugeflossen sind, ist das Bestreiten des Beklagten im Hinblick auf den konkreten Vortrag der Klägerin und im Hinblick auf die Belege in dem von der Klägerin vorgelegten Ordner mit Kontoauszügen und Nachforschungsbelegen von verschiedenen Banken über die Einlösung mehrerer Schecks durch den Beklagten unerheblich.

Angesichts der vorgelegten Unterlagen in dem Ordner hätte der Beklagte im Einzelnen vorzutragen müssen, welche von der Klägerin behaupteten Geldbeträge er oder sein Sohn nicht erhalten hat. Vor allem aber wegen seines Vorbringens im Schriftsatz vom 17.11.1997, auf den der Beklagte in der Berufung ausdrücklich Bezug nimmt, hätte er konkret vorzutragen müssen, welche Geldbeträge er nicht erhalten hat.

Denn er nimmt anhand der Aufstellung der Klägerin vom 29.7.1997 zu den einzelnen Schadenpositionen Stellung und trägt vor, wie die Geldbeträge der Klägerin verwendet worden sind. Daraus folgt, dass der Beklagte Gelder von der Klägerin in bar oder per Scheck erhalten haben muss. Dies hat der Beklagte auch selbst in erster Instanz vorgetragen, ohne allerdings genaue Beträge zu nennen.

Zu den einzelnen Positionen gemäß der Aufstellung der Klägerin vom 29.7.1997, die der Beklagte seiner Berufung zugrunde legt, gilt Folgendes:

### Position 1 über 1.304 DM

Die Berufung des Beklagten hat insoweit Erfolg.

Der Beklagte hat einen Vollstreckungsauftrag des Finanzamts vom 8.5.1990 vorgelegt, wonach ein Betrag von 1.237 DM für die Einkommensteuer und Kirchensteuer I/90 und III/89 einzuziehen war. Unter Hinzurechnung der Säumniszuschläge und der Kosten der Vollstreckung ergab sich ein Gesamtbetrag von 1.304 DM, der zur Vermeidung von weiteren Vollstreckungsmaßnahmen bis zum 15.5.1990 zu zahlen war. Der Beklagte hat behauptet, dass von dem strittigen Betrag von 1.304 DM diese Steuerschuld gezahlt worden sei.

Aus dem Kontoauszug des Finanzamts in der von der Klägerin überreichten Anlage ergeben sich eine Scheckzahlung am 14.5.1990 in Höhe von 1.237 DM betreffend die Einkommensteuer I/90, eine Scheckzahlung über 20 DM betreffend einen Säumniszuschlag für die genannte Einkommensteuer und eine weitere Scheckzahlung vom 14.5.1990 über 47 DM betreffend den Säumniszuschlag für die Einkommensteuer IV/89. Daraus ist zu entnehmen, dass der Beklagte am 14.5.1990 an das Finanzamt einen Betrag von 1.304 DM per Scheck gezahlt hat, den das Finanzamt dann auf die drei genannten Positionen angerechnet hat. Die auftragsgemäße Zahlung des Beklagten ist insoweit belegt.

**Positionen 2 über 1.000 DM und 3 über 1.444 DM**

Diese Beträge sind nach dem Vortrag des Beklagten an die Stadtwerke gezahlt worden. Das vom Beklagten vorgelegte Schreiben an die Stadtwerke vom 31.8.1991, in dem der Beklagte für die Klägerin um Ratenzahlung bat, spricht zwar dafür, dass der Beklagte auch insoweit Zahlungen für die Klägerin erbracht hat. Die Klägerin hat die vom Beklagten behaupteten Zahlungen jedoch bestritten und vorgetragen, dass sie das Geld für die Ratenzahlungen an die Stadt dem Beklagten in bar gegeben habe, der diese Zahlungen dann weitergeleitet habe. Dabei handele es sich jedoch um andere Zahlungen als der Beklagte angegeben habe. Dazu hat die Klägerin einige Quittungen des Beklagten über Geldbeträge, die er von der Klägerin erhalten hat, vorgelegt.

Der Beklagte ist für seine behaupteten Zahlungen an die Stadtwerke beweisfällig geblieben. Er hat insoweit keinen ordnungsgemäßen Beweis angetreten. Ein Beweisantritt liegt nur für den behaupteten Rückstand und für die Ratenzahlungsvereinbarung mit den Stadtwerken vor, nicht jedoch für die vorgetragenen Zahlungen.

**Position 4 über 2.000 DM**

Dazu trägt der Beklagte vor, dass es sich um eine Privatentnahme der Klägerin handele, zu der er nichts sagen könne. Da der Beklagte jedoch die Buchung vorgenommen hat, müsste er die Buchung erklären können. Die Unklarheit über die Privatentnahme von 2.000 DM geht daher zu Lasten des Beklagten.

**Position 5 über 2.774 DM**

Über diesen Betrag hat der Beklagte gemäß der Anlage im Ordner der Klägerin einen Scheck erhalten, der eingelöst worden ist. Dazu hat der Beklagte vorgetragen, dass es sich um eine Privatbuchung in Höhe von mindestens 1.637 DM zugunsten der Klägerin handele. Die Differenzsumme von 1.137 DM sei nicht aufklärbar.

Dieser Vortrag des Beklagten ist zu allgemein, um eine konkrete Verwendung des Geldes belegen zu können. Da der Verbleib des Geldes nicht mehr aufzuklären ist, geht dies zu Lasten des Beklagten, denn bei einer ordnungsgemäßen Buchführung seitens des Beklagten müssten die Zahlungen ohne weiteres aufzuklären sein.

**Position 6 über 1.000 DM**

Die Klägerin bestreitet insoweit die vom Beklagten behauptete Zahlung an die Stadtwerke. Eine derartige Zahlung ergibt sich auch nicht aus den vorgelegten Kontoauszügen betreffend die Zahlungen der Klägerin an die Stadtwerke.

**Position 7 über 5.599,96 DM**

Dieser Geldbetrag ergibt sich im Einzelnen aus der Anlage im Ordner der Klägerin. Danach hat der Beklagte am 19.6.1990 einen Scheck über 1.500 DM, am 18.12.1990 einen Scheck über 2.696 DM und am 27.1.1991 einen Betrag von 1.403,96 DM in bar erhalten. Dazu hat der Beklagte vorgetragen, dass er keine Erklärung abgeben könne, diese Zahl sei erstmalig auftaucht, ggf. handele es sich um eine Nachzahlung für 1988 oder 1989. Im Kontoverlauf des Finanzamts im Ordner der Klägerin konnten Nachzahlungen in Höhe der genannten Beträge zu dem angegebenen Zeitraum nicht festgestellt werden.

**Positionen 8, 9, 10 und 11 über 1.500 DM, 1.161 DM, 1.001 DM und 500 DM**

Diese Zahlungen, die nach dem Vortrag des Beklagten an die Stadtwerke geleistet worden sind, hat die Klägerin bestritten. Für seine behaupteten Zahlungen ist der Beklagte beweisfällig geblieben. Seine Behauptung, der Betrag von 1.161 DM sei für eine Versicherung der Klägerin gezahlt worden, reicht als Nachweis für die ordnungsgemäße Verwendung des Geldes nicht aus. Der Beklagte hätte näher darlegen müssen, um welche Versicherung es sich gehandelt hat.

**Position 12 über 50 DM**

Diesen Betrag kann der Beklagte nicht erklären, was zu seinen Lasten geht.

**Position 13 über 1.000 DM**

Nach dem Vortrag des Beklagten ist dieser Betrag an die Stadtwerke gezahlt worden. Dies hat die Klägerin bestritten. Für seine Behauptung ist der Beklagte beweisfällig geblieben. Die behauptete Zahlung ergibt sich insbesondere auch nicht aus den vorgelegten Unterlagen.

**Position 14 über 960 DM**

Der Beklagte legt nicht dar, was mit dem Geldbetrag von 960 DM geschehen ist, der als Akontozahlung an ihn geleistet worden ist.

Er gibt auch nicht an, für welchen Zweck diese Zahlung erbracht worden ist, so dass insoweit eine zweckgerichtete Zahlung des Beklagten nicht anerkannt werden kann.

**Positionen 15, 16 und 17 über 1.028 DM, 1.108 DM und 500 DM**

Diese Beträge sind gemäß dem Vortrag des Beklagten, den die Klägerin bestritten hat, an die Stadtwerke gezahlt worden. Da der Beklagte diese Zahlungen nicht belegt hat, können sie nicht zu seinen Gunsten anerkannt werden.

**Position 18 über 728,60 DM**

Diesen Betrag hat das Landgericht zuerkannt.

**Position 19 über 6.960,38 DM**

**Der Beklagte ist verpflichtet, die Rechnung des Steuerberaters, den die Klägerin zur Überprüfung der Buchführung eingeschaltet hat, zu bezahlen. Da die Klägerin selbst nicht in der Lage war, die behaupteten Zahlungen des Beklagten und die Buchführung zu prüfen, war sie berechtigt, einen Fachmann hinzuzuziehen.**

Die Rechnung des Steuerberaters befindet sich in dem von der Klägerin vorgelegten Ordner. Die Klägerin hat den Tätigkeitsnachweis des Steuerberaters vorgelegt. Soweit der Beklagte die Richtigkeit der Rechnung bezüglich der Arbeiten des Steuerberaters bestreitet, ist das Bestreiten unsubstantiiert. Der Beklagte hätte im Einzelnen dartun müssen, inwieweit die vom Steuerberater berechnete Stundenzahl überhöht ist und aus welchen Gründen die anderen Rechnungspositionen nicht angemessen sind. Da er dies nicht getan hat, ist der Rechnungsbetrag des Steuerberaters in vollem Umfang zu berücksichtigen.

Soweit der Beklagte Gegenforderungen geltend macht – eine Aufrechnung hat er nicht erklärt –, sind sie unbegründet. Die Klägerin hat unwidersprochen vorgetragen, dass sie die Rechnungen des Beklagten vom 29.8.1990, 17.9.1991, 9.4.1992 und 29.9.1993 bezahlt hat.

Die Gebührenrechnung des Beklagten vom 28.10.1996 ist nicht einforderbar, weil sie nicht den Anforderungen der Steuerberatergebührenverordnung entspricht (§ 9 StBGebV). **Da die Rechnung sich offensichtlich auf eine Betriebsprüfung bezieht, hätte § 29 StBGebV angegeben werden müssen.**

Im Übrigen hat der Beklagte die **Rechnung nicht unterschrieben**, was jedoch nach der Steuerberatergebührenverordnung erforderlich ist. **Mit einer nicht einforderbaren Honorarforderung kann nicht aufgerechnet werden.**

Die Klägerin hat nachgewiesen, dass sie Kredite zu einem Zinssatz von mindestens 10% in Anspruch nimmt, so dass die vom Landgericht zuerkannten Zinsen gerechtfertigt sind. (...)

## Versicherungsschutz

- Verjährung, § 12 VVG
  - Deckungsbereich, Steuerberater-Police
  - Treuhänderische Geldanlage
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.4.1998 – 4 U 150/97)

### Leitsätze:

1. In der Haftpflichtversicherung kann die Leistung in Gestalt des Deckungsanspruchs auf Rechtsschutz verlangt werden (§ 12 Abs. 1 Satz 2 VVG), wenn der Schadenersatzanspruch gegen den Versicherungsnehmer erhoben wird.

Mit dem Deckungsanspruch aus der Haftpflichtversicherung verjährt auch ein etwaiger späterer Anspruch auf Zahlung, wenn der Deckungsanspruch sich nicht vor Eintritt der Verjährung durch Verurteilung des Versicherungsnehmers in einen fälligen Zahlungsanspruch mit gesonderter Verjährung umgewandelt hat.

2. In der Haftpflichtversicherung für Steuerberater ist der Versicherungsschutz für die treuhänderische Anlage von Geldbeträgen im Devisenhandel nach § 4 Nr. 4 AVB-WB ausgeschlossen.

### Aus den Gründen:

Dem Kläger stehen die geltend gemachten Haftpflichtversicherungsentschädigungsansprüche gegen die Beklagte nicht zu, weil diese verjährt sind und darüber hinaus seine für den Klienten S. entfaltete Tätigkeit nicht versichert war.

1. Die Ansprüche auf Zahlung der Haftpflichtentschädigung sind gemäß § 12 Abs. 1 VVG verjährt. Verjährung trat spätestens am 6.4.1995 ein.



a) **Zwar beginnt der Lauf der Verjährungsfrist gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 VVG erst mit dem Schluss des Jahres, in welchem die Leistung verlangt werden kann.** Etwaige Zahlungsansprüche des Klägers gegen die Beklagte waren erst nach rechtskräftigem Abschluss des Haftpflichtprozesses zwischen dem Kläger und seinem Klienten S. im Jahre 1995 entstanden, nachdem der BGH durch Beschluss vom 29.6.1995 die Revision des Klägers nicht angenommen hatte, und konnten erst ab diesem Zeitpunkt verlangt werden.

b) Auf die Entstehung des Zahlungsanspruchs kommt es aber nicht entscheidend an, weil der Zahlungsanspruch wie der Befreiungs- und der Rechtsschutzanspruch Ausstrahlungen ein und desselben Haftpflichtversicherungsanspruchs sind.

**Die Verpflichtung des Haftpflichtversicherers umfasst die Prüfung der Haftpflichtfrage, die Befriedigung begründeter und die Abwehr unbegründeter Haftpflichtansprüche.**

Die Abwehr- und Schutzverpflichtung des Haftpflichtversicherers beginnt, sobald gegen den Versicherten Haftpflichtansprüche wegen eines unter die Versicherung fallenden Ereignisses erhoben werden. Von diesem Zeitpunkt „kann die Leistung“ des Versicherers i.S.v. § 12 Abs. 1 VVG „verlangt werden“. In diesem Zeitpunkt wird der einheitliche Haftpflichtversicherungsanspruch fällig (vgl. BGH, VersR 1971, 333; Senat v. 28.10.1980 – 4 U 41/80, VersR 1981, 1072, 1073; Prölss/Martin, VVG 25. Aufl., § 149 Anm. 1b aa; Römer/Langheid, VVG, § 149 Rz. 22).

Gegen den Kläger wurden mit Schreiben des den ehemaligen Klienten des Klägers vertretenden Rechtsanwalts Dr. A. vom **29.9.1992 Ansprüche auf Schadenersatz erhoben**, weil der Kläger unter Verletzung seiner Berufspflichten als Steuerberater Herrn S. veranlasst haben sollte, sich mit insgesamt 210.000 DM an der Vermögens- und Anlageberatung W. zu beteiligen, wodurch S. einen Totalverlust erlitten habe.

Schon allein deshalb, weil Rechtsanwalt Dr. A. gerichtliche Schritte zur Durchsetzung der Ansprüche seines Mandanten angedroht hat, lag ein „Angriff“ des Geschädigten vor, gegen den der Kläger Haftpflichtversicherungsschutz der Beklagten in Form der Abwehr des geltend gemachten Haftpflichtanspruchs verlangen konnte (vgl. BGH, VersR 1979, 1117, 1118). Dass der Kläger dies auch so verstanden hat, zeigt die Anzeige des Versicherungsfalls durch

seinen anwaltlichen Vertreter, Rechtsanwalt P., mit Schreiben vom 9.10.1992.

**Durch diese Anzeige war allerdings der Lauf der Verjährung gemäß § 12 Abs. 2 VVG bis zum Eingang der schriftlichen Entscheidung der Beklagten gehemmt.** Es kann nun dahingestellt bleiben, ob, worüber die Parteien im ersten Rechtszug gestritten haben, das Schreiben der Beklagten vom 4.11.1992 die schriftliche Ablehnung von Versicherungsschutz zum Inhalt hat, wofür allerdings viel spricht. Jedenfalls ist eine solch eindeutige Ablehnung in dem Schreiben der Beklagten vom 15.12.1992 enthalten, in dem die Beklagte es ablehnt, für die Vermittlung und Empfehlung von Geldanlagen durch den Kläger Versicherungsschutz zu gewähren.

Nimmt man aber erst noch die weitere Korrespondenz hinzu, so war dem anwaltlichen Vertreter des Klägers spätestens bei Abfassung des Schreibens vom 6.4.1993 klar, dass die Beklagte mit Schreiben vom 25.3.1993 endgültig ihre Eintrittspflicht verneint hatte. Wenn dieser Zeitraum von Ende 1992 bis zum 6.4.1993 als Hemmungstatbestand auf die Verjährungsfrist angerechnet wird (§ 205 BGB), lief die Verjährung des Deckungsanspruchs spätestens nach zwei Jahren, am 6.4.1995, ab.

c) **Die Verjährung des Zahlungsanspruchs** des Klägers wäre allerdings dann nicht eingetreten, **wenn sich der Deckungsanspruch noch vor Eintritt der Verjährung im April 1995 in den Zahlungsanspruch umgewandelt hätte.** Denn in einem solchen Fall läuft eine gesonderte Verjährungsfrist, weil der Zahlungsanspruch erst unter den Voraussetzungen des § 154 Abs. 1 VVG fällig wird (BGH, VersR 1960, 554; a.A.: Römer/Langheid, VVG, § 149 Rz. 22).

**Entsteht der Zahlungsanspruch – wie hier – mit der Ablehnung der Annahme der Revision des Klägers durch Beschluss des BGH vom 29.6.1995 erst, nachdem der Rechtsschutz- und Befreiungsanspruch des Versicherungsnehmers verjährt ist, so beginnt keine neue Verjährungsfrist zu laufen. Vielmehr erfasst die Verjährungsfrist dann auch den einheitlichen Zahlungsanspruch** (BGH, VersR 1971, 333; Senat v. 28.10.1980 – 4 U 41/80, VersR 1981, 1072, 1073).

Anhaltspunkte dafür, dass sich die Beklagte treuwidrig verhält, indem sie die Einrede der Verjährung erhebt, fehlen gänzlich, weil die Beklagte in beinahe jedem Schreiben deutlich die Ablehnung des Versicherungsschutzes kundgetan hat.

d) Die Schreiben der Beklagten vom 4.11.1992, 15.12.1992 und 25.3.1993 sind auch bei dem Kläger eingegangen i.S.v. § 12 Abs. 2 VVG. Darunter wird im Allgemeinen der **Zugang dieser Schreiben** verstanden. Dass die Schreiben dem anwaltlichen Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt P., zugegangen sind, lässt die Wirkungen von § 12 Abs. 2 VVG nicht entfallen.

Der Kläger hat zwar mit Schriftsatz vom 6.6.1997 geltend gemacht, Rechtsanwalt P. habe im Verhältnis des Klägers zur Beklagten kein separates Mandat gehabt, insbesondere sei er nicht empfangszuständig für Erklärungen der Beklagten, die gegenüber dem Kläger abzugeben waren, gewesen. Dieses Vorbringen ist aber unschlüssig. Der Kläger räumt nämlich ein, es sei richtig, dass Rechtsanwalt P. für ihn die Korrespondenz mit der Beklagten geführt und den Schadenfall mit Schreiben vom 9.10.1992 angezeigt habe.

**Wenn er aber mit Wissen und Willen des Klägers die Regulierungsverhandlungen führte, wie die im zweiten Rechtszug vorgelegte umfangreiche Korrespondenz zeigt, war er auch der Empfangsvertreter des Klägers für die Ablehnung von Versicherungsschutz.**

Es lag auch im Interesse des Klägers, dass eine solche Ablehnung gegenüber seinem rechtskundigen Berater erfolgte, der sich mit den Gründen für die Ablehnung des Versicherungsschutzes auseinander setzen und entsprechend auf die Beklagte einzuwirken versuchen konnte, wie ebenfalls die umfangreiche Korrespondenz zeigt. Davon mag allenfalls unterschieden werden, ob Rechtsanwalt P. auch Klageauftrag des Klägers hatte, um den es hier jedoch nicht geht.

Im Übrigen ist der Kläger im zweiten Rechtszug auf dieses Vorbringen auch nicht mehr zurückgekommen, sondern hat Rechtsanwalt P. ausdrücklich als seinen Rechtsvertreter in den Verhandlungen mit der Beklagten bezeichnet und ihm deswegen auch in diesem Deckungsprozess den Streit verkündet.

2. Zu Recht hat das LG die Beklagte im Übrigen auch in der Sache nicht für verpflichtet gehalten, dem Kläger **Haftpflichtversicherungsschutz** in Form der geltend gemachten Zahlung zu gewähren. Denn die Tätigkeit des Klägers – **treuhänderische Anlage von Geldbeträgen für den Kunden S. im Devisenhandel** – war im Versicherungsvertrag der Parteien, zuletzt dokumentiert im Nachtrag zum Versicherungsschein vom 15.8.1990 nebst Anlagen V 89 und Y 89,

nicht versichert. Soweit der Korrespondenz der Parteien zu entnehmen ist, dass das Versicherungsverhältnis schon zuvor bestanden hat und maßgeblich die Bedingungen der Anlagen F 77 und S 77 waren, ergibt sich keine unterschiedliche Betrachtung.

Auf der Grundlage von § 4 Nr. 4 AVB-WB (gleich lautend in den Anlagen F 77 und V 89) ist der Versicherungsschutz schon deshalb ausgeschlossen, **weil Haftpflichtansprüche aus der entgeltlichen oder unentgeltlichen Vermittlung oder Empfehlung von Geldgeschäften, die der Kläger vorgenommen hat, nicht unter den Versicherungsschutz fallen**, es sei denn, der Schaden beruhe auf einer fehlerhaften steuerlichen Beratung. Letzteres ist, wie das LG richtig ausgeführt hat, nicht Kern der Tätigkeit des Klägers gewesen.

Es ging nicht darum, den Klienten S. darüber zu beraten, ob eine Geldanlage bei der Firma V. steuerliche Vorteile erbringen könnte. Dies ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil S. nach außen hin gar nicht in Erscheinung trat, sondern der Kläger für ihn als Treuhänder fungierte. Diese Tätigkeit des Klägers hatte aber mit steuerlicher Beratung nichts zu tun. Vielmehr handelte es sich um unternehmerische Tätigkeit, weil der Kläger die Gelder des Klienten S. selbst und im eigenen Namen für dessen Rechnung anlegte.

Aus den Besonderen Bedingungen (Anlagen S 77 und Y 89) ergibt sich ebenfalls, dass die Treuhandschaft des Klägers nicht versichert war. Wenn auch nicht gleichlautend, so sind doch sinngemäß in beiden Bedingungswerken alle unternehmerischen Tätigkeiten, wie z.B. die Empfehlung wirtschaftlicher Geschäfte, insbesondere von Geldanlagen, vom Versicherungsschutz ausgenommen (Anlage S 77 Nr. IV 2; Anlage Y 89 Nr. 5).

Insoweit wird die Rechtslage, die sich aus den AVB-WB ergibt, wiederhergestellt, während sonst durchaus Bereiche treuhänderischer Tätigkeit des Steuerberaters vom Versicherungsschutz umfasst sein können. Darunter fällt z.B. die Führung von Anderkonten für Mandanten des Steuerberaters. Die – überdies spekulative – Anlage von Geldbeträgen im eigenen Namen für Rechnung des Kunden ist aber, wie zuvor schon ausgeführt, so weit von der eigentlichen steuerberatenden Tätigkeit entfernt, dass diese Form der Treuhandschaft zu den ausgeschlossenen Risiken gehört.

## Angestellter Rechtsanwalt

- Haftung
- Anscheinshaftung
- Sachwalterhaftung

(LG Berlin, Urt. v. 24.6.1998 - 9 C 322/97)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Steht der angestellte Sozius während der Mandatsdauer nur einmal auf dem Briefkopf und das mit dem Hinweis auf sein Ausscheiden aus der Sozietät seit dem 1.7.1997, begründet dies keine Anscheinshaftung. Der Name des Sachbearbeiters gehört nicht zum Briefkopf - zur Firma - einer Sozietät.

2. Eine Sachwalterhaftung setzt den Einsatz persönlicher Gewähr und eigenes wirtschaftliches Interesse voraus.

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger suchte am 24.11.1994 den Beklagten in den Räumen der Rechtsanwaltskanzlei L.&D. auf. Er bat den Beklagten um die Wahrnehmung seiner Interessen in einer erbrechtlichen Angelegenheit.

Der Beklagte beriet den Kläger und führte als zuständiger Sachbearbeiter diversen Schriftverkehr, u.a. mit dem Gegner und dem in der Sache zuständigen Amtsgericht. Weiter erhob der Beklagte im Namen des Klägers Auskunftsklage in derselben Angelegenheit beim Landgericht zu einem Streitwert von 50.000 DM. Mit Schreiben vom 20.1.1997 bat der Beklagte den inzwischen zwecks Vertretung vor dem Landgericht beauftragten Rechtsanwalt A., nachdem sich der Kläger dazu entschieden hatte, die Klage zurückzunehmen. Die durch die Rücknahme entstandenen Gebühren und Auslagen in Höhe von insgesamt 4.046,50 DM beglich der Kläger.

Der Kläger behauptet, er habe den Beklagten als Mitglied der Sozietät L.&D. mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt. Er behauptet weiter, dem Beklagten seien bei der Bearbeitung des Mandats verschiedene Sorgfaltspflichtverletzungen zur Last zu legen. So sei er nicht ordnungsgemäß bezüglich des Kostenrisikos beraten worden. Außerdem habe der Beklagte den Streitwert in dem Rechtsstreit vor dem Landgericht zu hoch angegeben.

Im Übrigen behauptet der Kläger, er habe sich zum Zeitpunkt der Klageerhebung vor dem

Landgericht in einer so schlechten wirtschaftlichen Situation befunden, dass er für diesen Rechtsstreit Anspruch auf Prozesskostenhilfe gehabt hätte. Dies habe ihm der Beklagte nicht mitgeteilt. Der Kläger behauptet weiter, dass er in diesem Fall die Klage nicht zurückgenommen hätte.

Der Kläger ist der Auffassung, der Beklagte sei passivlegitimiert. Der Beklagte sei nach außen für die Rechtsanwaltskanzlei L.&D. in Briefköpfen aufgetreten, was eine Passivlegitimation begründe.

(Anträge ...)

Der Beklagte behauptet, er sei zum Zeitpunkt der Beauftragung durch den Kläger nicht mehr Sozius der Rechtsanwaltskanzlei L.&D. gewesen, und zwar bereits seit dem 1.7.1994. Er behauptet weiter, er habe dies dem Kläger bei dem ersten Beratungsgespräch mitgeteilt. Im Übrigen sei er nicht im Briefkopf der Rechtsanwaltskanzlei aufgeführt gewesen.

Darüber hinaus trägt der Beklagte vor, er habe den Kläger umfassend und fachlich ordnungsgemäß beraten und betreut. Er behauptet weiter, der Kläger habe dahingehend keinerlei Andeutungen gemacht, dass er mittellos sei und etwaige entstehende Kosten nicht tragen könne. Der Kläger habe stets dargelegt, dass er der Auffassung sei, die Kosten werden durch seine Rechtsschutzversicherung getragen. Für den Fall, dass dies nicht so sei, wolle er die Kosten selbst tragen.

Im Übrigen meint der Beklagte, er sei nicht passivlegitimiert. Er ist der Auffassung, dass der Hinweis in den Schreiben auf ihn als Sachbearbeiter keinerlei Anschein dafür zu setzen vermag, eine Haftung zu begründen. Er ist der Auffassung, er habe nicht gegen die anwaltliche Sorgfaltspflicht verstoßen. (...)

Es besteht Streit über die Zahlung von Schadensersatz in Höhe von 4.046,50 DM. Die zulässige Klage ist begründet.

### Aus den Gründen:

1. Dem Kläger steht kein Anspruch aus pVV des Anwaltsvertrages zu. Es kann für den Anspruch aus pVV des Anwaltsvertrages hier dahinstehen, ob dem Beklagten eine Pflichtverletzung der anwaltlichen Sorgfaltspflicht vorzuwerfen sei,

denn der Beklagte war nicht Vertragspartner des Anwaltsvertrages.

Aus der Natur des Anwaltsvertrages folgt, daß in erster Linie der Vertragspartner des Mandanten, d.h. der Rechtsanwalt persönlich, seinem Auftraggeber zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben verpflichtet ist. Für das Verschulden haftet er gemäß § 278 BGB (*Borgmann, in: Beck'sches Rechtsanwalts Handbuch 1997/98, E II Rdnr. 12*). Daneben haften angestellte Mitarbeiter des Rechtsanwaltes im Außenverhältnis den Mandanten gegenüber in aller Regel nicht (*BGH, NJW-RR 1990, 459*).

Der Beklagte war angestellter Rechtsanwalt in der Rechtsanwaltskanzlei L.&D. und als solcher durch die Beauftragung durch den Kläger nicht Vertragspartner. Vielmehr hat der Kläger mit der Erteilung des Mandats die Sozien der o.g. Rechtsanwaltskanzlei beauftragt. Diese haften gegenüber dem Kläger gesamtschuldnerisch (*BGH, NJW 1971, 1801; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und Notars, Rdnr. I 161*).

Dem Kläger steht ebenfalls kein Anspruch unter dem Gesichtspunkt der Anscheinshaftung zu, denn der Beklagte hat keine Veranlassung dafür gegeben, dass er als Sozius für die Rechtsanwaltskanzlei auftrete. Voraussetzung hierfür ist, dass eine Rechtsanwaltskanzlei nach außen hin so firmiert, dass bei einem Mandanten der Eindruck erweckt wird, die ersichtlichen Rechtsanwälte treten jeweils als Sozien der Kanzlei auf (*vgl. VGH, NJW 1994, 257*).

Der Beklagte ist weder gegenüber dem Kläger als Sozius aufgetreten noch ist durch sein Auftreten dieser Anschein erweckt worden. Vielmehr ist er lediglich als Sachbearbeiter über dem Aktenzeichen der Kanzlei als Ansprechpartner des Mandanten benannt worden. Die von dem Kläger vertretene Auffassung, jede Erwähnung im Briefkopf führe zu einer Anscheinshaftung, ist nicht haltbar.

**Nach der ständigen Rechtsprechung des BGH ist eine Anscheinshaftung dann gegeben, wenn die Rechtsanwälte gemeinsam nach außen als Sozietät firmieren, beispielsweise in Form von Stempeln, Briefbögen u.a., und so den Eindruck erwecken, als jeweilige Sozien aufzutreten. Gemeint ist hiermit das äußere Erscheinungsbild der Kanzlei** (*BGH, NJW 1971, 1801; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 3. Aufl., § 36 Rdnr. 3.*), das den Eindruck eines gemeinschaftlichen Handelns suggerieren soll.

Das äußere Erscheinungsbild wird u.a. durch den Briefkopf einer Rechtsanwaltskanzlei geprägt. Der Briefkopf als äußeres Erscheinungsbild, auf den der Blick des Mandanten primär gerichtet ist, umfasst in der Regel nur die Sozien und den Sitz der Kanzlei sowie die Erreichbarkeit. **Zu einem Briefkopf gehört jedoch nicht der Name des Sachbearbeiters**; genauso wenig wie dem Briefkopf das Datum des Schreibens und das kanzleiinterne Aktenzeichen zuzuordnen wäre. Insbesondere dann ist dieser Teil des Schreibens auch aus Anschein Gesichtspunkten nicht dem Briefkopf zuzuordnen, wenn wie hier der Bearbeitervermerk sich bereits rein äußerlich von dem restlichen Bild des Briefkopfes deutlich abhebt.

Der Beklagte ist lediglich einmal während des Mandatsverhältnisses im Briefkopf aufgeführt worden. In diesem Fall ist jedoch ausreichend kenntlich gemacht worden, dass der Beklagte bereits seit dem 1.7.1994 nicht mehr Sozius der Kanzlei ist.

2. Eine Eigenhaftung traf den Beklagten ferner nicht in seiner Eigenschaft als Erfüllungsgehilfe der Rechtsanwaltskanzlei. Gegen **Erfüllungsgehilfen** i.S.d. § 278 BGB bestehen regelmäßig keine vertraglichen Ansprüche (*ständige Rechtsprechung; BGH, WM 1967, 480; Palandt, § 276 Rdnr. 129*).

Eine Ausnahme hiervon bildet der Fall, dass eine positive Vertragsverletzung nicht in einer eigentlichen Leistungsstörung, sondern in der Verletzung von Nebenpflichten besteht und der Erfüllungsgehilfe bei der Anbahnung des Vertragsverhältnisses für sich Vertrauen in Anspruch genommen hat (*BGH, NJW-RR 1990, 461; KG, MDR 1994, 100; Palandt, § 276 Rdnr. 129*). Vorliegend ist der Schaden des Klägers nicht durch die Verletzung einer nebenvertraglichen Schutzpflicht entstanden, denn der Beklagte hat bei der Anbahnung des Mandats für sich kein über das übliche Maß hinausgehende Vertrauen in Anspruch genommen.

Der Gehilfe haftet als **Sachwalter** nur dann selbst, **wenn er gleichsam in eigener Sache tätig wird**. Insoweit hat der Kläger jedoch nichts dargelegt. Zwar mögen der Kläger und Beklagte miteinander bekannt gewesen sein, jedoch kann allein daraus eine Inanspruchnahme besonderen persönlichen Vertrauens nicht gefolgert werden, die über das übliche Maß hinausgeht, was jeder Anwaltsvertrag zu seiner sinnvollen Durchführung voraussetzt.

Dass der Beklagte dem Kläger eine zusätzliche, von ihm persönlich ausgehende Gewähr für die Erfüllung des Mandats angeboten hätte (vgl. BGH, NJW-RR 1988, 615), die für den Willensentschluss des Klägers bedeutsam war, hat der Kläger nicht dargelegt.

Ebenso wenig sind eigene **wirtschaftliche Interessen**, die über das übliche Maß hinausgehen und eine Sachwalterhaftung des Beklagten begründen könnten, ersichtlich und vom Kläger dargetan worden. In der Regel liegen diese bei angestellten Mitarbeitern auch nicht vor (BGH, WM 1984, 960; Palandt, § 276 Rdnr. 92 m.w.N.).

Das Bestehen eines lediglich mittelbaren wirtschaftlichen Interesses des Beklagten in Form seines Gehaltes als angestellter Rechtsanwalt genügt insoweit nicht (vgl. BGH, WM 1987, 1466).

3. Für eine darüber hinaus in Betracht kommende Deliktshaftung des Beklagten sind vorliegend keinerlei Anhaltspunkte ersichtlich.

4. (...)

## GI Hinweise

### Anwalts-Handbuch Arbeitsrecht

Nach rund zwei Jahren liegt eine Neuauflage des Anwalts-Handbuchs Arbeitsrecht vor. Alle zwischenzeitlich erfolgten Gesetzesänderungen sind eingearbeitet und bringen das Werk auf aktuellen Stand.

Beibehalten wurde der Aufbau des Handbuchs, der sich am Ablauf des Arbeitsverhältnisses orientiert und das gesamte Individual- und Kollektivarbeitsrecht sowie das Arbeitsgerichtsverfahren umfasst. Den Bedürfnissen des arbeitsrechtlich tätigen Praktikers folgend liegen die Schwerpunkte in den Bereichen, die in der anwaltlichen Beratung von besonderem Gewicht sind. Neu aufgenommen wurde ein Kapitel zur Arbeitnehmerentsendung.

Vermehrt wurde die Zahl der drucktechnisch hervorgehobenen Hinweise, Formulierungen und Vertragsbeispiele, die auf fehlerträchtige „Klippen“ aufmerksam machen und – ebenso wie die Checklisten und Beispiele – dabei helfen, typische Probleme zu bewältigen.

Das gegenüber der Voraufgabe unveränderte Autorenteam aus knapp 20 erfahrenen Fachanwälten für Arbeitsrecht und Arbeitsrichtern bietet erneut jedem Praktiker im Arbeitsrecht eine anschauliche, kompakte und praxisnahe Darstellung aller auftretenden Fragen und ihrer Lösungsmöglichkeiten.

**Tschöpe: Anwalts-Handbuch Arbeitsrecht**, herausgegeben von Dr. Ulrich Tschöpe, 2. überarbeitete Auflage 2000 – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2.528 Seiten, Lexikonformat, geb., 278,- DM/142,14 EUR, ISBN 3-504-42008-1

### Kündigung und Kündigungsschutzgesetz

Die Neuerscheinung befasst sich mit den vielfältigen und komplexen Schwierigkeiten, die Kündigungen in der Praxis mit sich bringen. Diese standen im Mittelpunkt der „Kölner Tage des Arbeitsrechts“ im Mai 1999, deren überarbeitete und fortentwickelte Referate der Band dokumentiert.

Anhand aktueller Tendenzen in Rechtsprechung und Gesetzgebung werden die besonderen Schwierigkeiten der drei Kündigungsarten des Kündigungsschutzgesetzes – betriebsbedingte, personenbedingte und verhaltensbedingte Kündigung – und ihre Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Eine besonders vielgestaltige Problemdifferenzierung findet sich bei der betriebsbedingten Kündigung, bei der der Freiraum für unternehmerische Entscheidungen und soziale Auswahlfragen von besonderem Gewicht ist. Behandelt werden auch die komplexen Fragen der Massenentlassungen.

Ein Beitrag befasst sich schließlich mit den eigenständigen Rechtsfragen und Schwierigkeiten von Änderungskündigungen. Kapitel über die Kündigung außerhalb des Kündigungsschutzgesetzes, die in ihrer praktischen Bedeutung kaum zu überschätzende Betriebsratsanhörung sowie die Tücken des Kündigungs-schutzprozesses beschließen den Band.

**Henssler/Moll: Kündigung und Kündigungsschutz in der betrieblichen Praxis**, herausgegeben von Prof. Dr. Martin Henssler, RA und FA für Arbeitsrecht Dr. Wilhelm Moll, LL.M., Reihe Kölner Tage des Arbeitsrechts – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2000, 340 Seiten, Lexikonformat, geb., 128,- DM/65,45 EUR, ISBN 3-504-42606-3

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-10

**Amtspflichtverletzung**

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

**Anderkonto**

- > des Steuerberaters 2000, 227
- Ausgleichspflicht 2000, 227

**Anlageberatung**

- Abgrenzung
  - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
  - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
  - = >, unseriöse 2000, 82

**Aufrechnung**

- Honorarforderung
  - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

**Bankhaftung**

- Treuhandkonto
  - = Belehrungspflicht, Eigenkonto 2000, 227

**Belehrungspflicht des RA**

- Mediator 2000, 42

**Belehrungspflicht des StB/WP**

- Angebot des FA 2000, 196
- >, umfassende 2000, 196
- Beweislast
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
  - = ErbStG 2000, 67
  - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
  - = Gesetzesänderung 2000, 67
- Sicherster Weg 2000, 196

**Berufung**

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

**Berufungsbegründung**

- Rechtsanwalt, zugelassener 2000, 153

**Berufungsbegründungsfrist**

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozesskostenhilfeantrag 2000, 83

**Betrug**

- Beihilfe, § 27 StGB, des RA 2000, 82

**Beweislast**

- Beratung, unterlassene
  - = Substantiierung 2000, 87
- Kausalität
  - = Fahrtenbuch 2000, 25
  - = Grundstücksverkauf, USt 2000, 238
  - = > zwischen Pflichtverletzung und Schaden 2000, 238

**Bilanzerstellung**

- Prüfungspflichten
  - = Pensionsrückstellung 2000, 141
  - = Verträge 2000, 141

**Dritthaftung**

- Abschlussprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender
  - = Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte
  - = Anwaltsfehler 2000, 12
  - = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
  - = Abschlussprüfung 2000, 71
  - = Gesellschafter 2000, 12, 135
  - = Kapitalerhöhung 2000, 12, 135
  - = Testat 2000, 71

**Feststellungsklage**

- Schadeneintritt 2000, 135

**Freie Mitarbeiter**

- Rechtsanwalt
  - = Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

**Fristenkontrolle**

- Aktenvorlage 2000, 9
- Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
  - = >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
  - = Ausgangskontrolle 2000, 86
  - = Fristverfügung
    - Klebezettel 2000, 173
  - = Organisationsverschulden
    - Ablage, Sekretariat 2000, 173
    - Klebezettel 2000, 173
  - = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
  - = > bei Vorfristablauf 2000, 9
- Fristlöschung
  - = Rechtsmittel 2000, 108
- Fristversäumnis, unverschuldetes
  - = Anweisung
    - Klebezettel 2000, 173
  - = Falschadressierung 2000, 109

= Fristberechnung	2000, 76	= Prozessdauer	2000, 28
= Postlaufzeit	2000, 5	= Realsplitting	
= Routinefrist	2000, 76	= Beschränkung, nachträgliche	2000, 158
= Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	= Unterhaltsleistung	2000, 236
- Organisationsanweisung		= Solidaritätszuschlag	2000, 55
= Adressierung	2000, 109	= Sozialversicherungsbeitrag	
= Fristen-/Ausgangskontrolle	2000, 86	= Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld	2000, 3
- Rechtsmittelauftrag		= Spekulationsgeschäft	
= Fristlöschung	2000, 108	= Kursgewinn	2000, 236
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	= Standesrecht	
- Versäumnisurteil	2000, 57	= Kollegialitätspflicht	2000, 54
- Vorfrist	2000, 9	= Versäumnisurteil, § 13 BORA	2000, 54
= Bearbeitungszeit	2000, 160	= Umsatzsteuer	
<b>Gesamtschuld/-schuldner</b>		= Befreiung, Rechtsform	2000, 4
- Fehler des zweiten StB	2000, 116, 193	= Entgelt, Umbuchungsgebühren	2000, 211
- Treuhänder, Beteiligungsgesellschaft		= Leistung, ärztliche	2000, 4
= Innenverhältnis	2000, 198	= Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG	2000, 2
<b>Geschäftsführung ohne Auftrag</b>		= Veräußerungsgewinn	2000, 56
- Fremdgeschäftsführungswille	2000, 165	= Vermietung	
- Parteivertreter, vollmachtsloser	2000, 165	= Flugzeug	2000, 237
<b>Gewinnausschüttung, verdeckte</b>		= Nebenkostenumlage	2000, 107
- GmbH-Geschäftsführer	2000, 218	= Vermittlungsausschuss	2000, 29
- Notarfehler	2000, 218	= Werbeverbot, Rechtsanwalt	
- Selbstkontrahierungsverbot, § 181 BGB	2000, 218	= Presse, Gruppenfoto	2000, 30
<b>GI Aktuell</b>		= Werbungskosten	
- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk	2000, 106	= Ehegattenzahlung	2000, 185
- Arbeitszimmer		= Wiedereinsetzung	
= Höchstbetrag	2000, 29	= Postlaufzeit	2000, 5
= Lehrer	2000, 29	= Zinsen	
- Auskunftspflicht, § 93 AO		= Kapitalkonto	2000, 237
= Stromversorger, Konten der Kunden	2000, 186	<b>GmbH</b>	
- Belastung, außergewöhnliche		- Geschäftsführer	
= Altenpflegeheim, Kosten	2000, 159	= Selbstkontrahierungsverbot, Befreiung	2000, 218
- Eigenheimzulage, Miteigentümer	2000, 186	- Sacheinlage, verdeckte	2000, 135
- Einbringung, Steuervergünstigung	2000, 56	= Anwaltsfehler	2000, 12
- Einmalzahlungen	2000, 184	= Umwidmung	2000, 12
- Erbfolge, vorweggenommene		<b>Honoraranspruch des RA</b>	
= Last, dauernde	2000, 81	- Mediator, § 20 BRAGO	2000, 42
= Versorgungsleistungen	2000, 81	- Notgeschäftsführer	2000, 76
- Gestaltungsmissbrauch		<b>Honoraranspruch des StB/WP</b>	
= Kapitalanlagegesellschaft in Irland	2000, 133	- Aufrechnung	
- GmbH		= Einforderbarkeit, fehlende	2000, 23
= Kapitalerhaltungspflicht	2000, 210	- Betriebsprüfung, § 29 StBGebV	2000, 248
= Rückerstattung von Auszahlungen	2000, 210	- Buchführung	
- Grunderwerbsteuer		= Gegenstandswert	2000, 172
= Bemessungsgrundlage, Baukosten	2000, 31	- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
- Haftung des Auftraggebers für Vorunternehmer	2000, 132	= Aufrechnung	2000, 248
- Hinterziehungszinsen		= Gegenstandswert	2000, 172
= Vermögensteuer	2000, 211	- Fälligkeit, § 7 StBGebV	
- Jubiläumsrückstellung	2000, 80	= Buchführung	2000, 225
- Kapitalkonto		- Gegenstandswert	
= Zinsen	2000, 237	= Jahresumsatz	2000, 172
- Kindergeld		= Honorarvereinbarung	
= Einkünfte der Kinder	2000, 158	= >, mündliche	2000, 24
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer	2000, 81	= Inhalt der >	2000, 24
- Postlaufzeiten	2000, 5	- Rechtsberatung	2000, 187
		<b>Kausalität</b>	
		- Gesetzesänderung, ErbStG	2000, 67

- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		- Parteivertreter, vollmachtsloser	
= Beweisführung, § 287 ZPO	2000, 238	= Rechtsanwalt	2000, 165
= Fahrtenbuch	2000, 25	- Satzungsänderung	2000, 218
= Grundstücksverkauf, Vorsteuer	2000, 238	- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO	
- Unterbrechung der >		= Grundstückskaufvertrag	2000, 134
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer	2000, 93	- Treuhandgelder	
- Verhalten, beratungskonformes	2000, 67	= > der Bank	2000, 134
		- Verlesen der Urkunde	
		= Schutzzweck	2000, 244
		= Verträge, gleich lautende	2000, 244
		- Weisung	2000, 218
<b>Kenntnis des Steuerrechts</b>		<b>Parteiverrat, § 356 StGB</b>	
- Vorlagebeschluss zum EuGH	2000, 193	- Mediator	2000, 42
- Zeitschriften			
= DStR	2000, 193	<b>Pensionsrückstellung</b>	
<b>Klageverfahren</b>		- Prüfungspflichten	2000, 141
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241		
- Streitgegenstand	2000, 33	<b>Praxisveräußerung</b>	
<b>Lohnbuchhaltung</b>		- Mandatsübernahme	2000, 39
- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer	2000, 93	- Nichtigkeit, § 139 BGB	2000, 39
- Sozialversicherung (s. dort)			
<b>Mahnbescheid</b>		<b>Prozessauftrag</b>	
- Klageverfahren, Parteiwechsel	2000, 146	- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241
- Verzögerungen, Rückwirkung	2000, 146		
<b>Mandatsübernahme</b>		<b>Prozesskostenhilfe</b>	
- Fristenlöschung	2000, 108	- Berufungsbegründungsfrist	2000, 83
- Rechtsanwalt	2000, 108	- Rechtsmittelerklärung	2000, 84
		- Wirkung	2000, 84
<b>Mediator</b>		<b>Prüfungspflicht</b>	
- Interessenkollision	2000, 42	- Bilanz, Pensionsrückstellung	2000, 141
- Neutralität	2000, 42		
<b>Mitverschulden</b>		<b>Rechtsanwalt</b>	
- Kenntnis des Mandanten	2000, 116	- Angestellter, Vergütung	
- Zurechnung des Verschuldens		= Sittenwidrigkeit	2000, 95
= > des zweiten StB	2000, 116	- Arbeitnehmerähnliche Person,	
- Zweitberater, Verschulden des >,		§ 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG	2000, 82
§ 254 BGB	2000, 193	- Beratungspflichten	
<b>Mustereinspruch</b>		= Bonitätsproblem	2000, 36
- EuGH-Verfahren, anhängige	2000, 193	= Kaufvertrag	2000, 36
		= Unfallschaden	2000, 140
<b>Nachbesserung</b>		- Berufungsgericht	
- Recht des StB zur >		= Schriftsatz an >	2000, 153
= Buchführungsfehler	2000, 225	- Beurkundung, Parteivertreter	2000, 165
		- Empfangsbekenntnis	2000, 57
<b>Notar</b>		- Freier Mitarbeiter	2000, 82
- Amtspflicht		- Kündigungsschutzklage	
= Treuhandtätigkeit	2000, 134	= Kündigung, personenbedingte,	
- Belehrungspflichten		Krankheit	2000, 223
= Schaden, drohender	2000, 218	= > gg. Gemeinschuldner,	
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige		Konkursverwalter	2000, 192
= Betreuungstätigkeit	2000, 163	- Nachfragepflicht	
= Erfüllungsanspruch	2000, 63	= Mandatsinhalt	2000, 140
= Schutzzweck,		- Postulationsfähigkeit	2000, 153
§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO	2000, 63	- Rechtsmittelauftrag	
= Steuerberaterfehler	2000, 218	= Auftragsannahme	2000, 108
= Zeitpunkt der >	2000, 63	= Fristnotierung	2000, 108
- Fälligkeitsbestätigung	2000, 163	- Sachverhaltsermittlung	2000, 140
- Formnichtigkeit		- Störer	2000, 238
= Treu und Glauben	2000, 244	- Terminladung	2000, 57
		- Titelschutzanzeigen	2000, 238



- Vergütung, angemessene, § 612 BGB	2000, 95	<b>Steuerberatungsvertrag</b>	
- Versäumnisurteil	2000, 57	- Betreuungspflicht	
<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>		= Rechtsberatungsauftrag	2000, 5
- Ergebnisabführungsvertrag	2000, 5	- Haftung, Steuerberatungsfehler	2000, 5
- Honoraranspruch des StB	2000, 187	- Nichtigkeit, § 134 BGB	
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	2000, 5	= Rechtsberatung, unerlaubte	2000, 5
- Schadenersatz wg. verbotener >	2000, 5	<b>Steuererklärung</b>	
- Steuerberatungsvertrag	2000, 5	- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz	2000, 116
- Verschmelzung, §§ 16 ff UmwG	2000, 225	<b>Treuhänder</b>	
<b>Rechtsmittelauftrag</b>		- Bankkonto	
- Auftragsbestätigung	2000, 108	= Zahlungspflicht	2000, 227
- Fristlöschung	2000, 108	- Gesamtschuld	
<b>Regressprozess</b>		= Beteiligungsgesellschaft	2000, 198
- Mahnverfahren		- Notar	
(s. unter Mahnbescheid)		= Bankgelder	2000, 134
- Substantiierung		<b>Umwandlung</b>	
= Steuerrecht, ausländisches	2000, 169	- Verschmelzung	
<b>Revision</b>		= Rechtsangelegenheit	2000, 225
- Schriftsatz, unvollständiger	2000, 241	= Unterkapitalisierung	2000, 225
<b>Schaden</b>		<b>Unterlassungsanspruch</b>	
- Hauskauf, Kaufpreis	2000, 149	- Rechtsverteidigung	2000, 134
- Kosten		- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik	2000, 134
= Hauszufahrt	2000, 149	<b>Verjährung, § 195 BGB</b>	
<b>Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB</b>		- Herausgabeanspruch	2000, 248
- Abschlussprüfung	2000, 71	<b>Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO</b>	
<b>Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB</b>		- Ersatzmöglichkeit, anderweitige	2000, 163
- § 323 HGB	2000, 71	- Verjährungsbeginn	
- § 18 KWG	2000, 71	= Ersatzmöglichkeit, anderweitige	2000, 163
- §§ 2, 43, 48 WPO	2000, 71	= Fälligkeitsbestätigung	2000, 163
<b>Sozialversicherung</b>		<b>Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.</b>	
- Nachforderung		- Belehrung über Fehler und Verjährungs-	
= Verjährung, § 25 SGB IV	2000, 151	vorschrift, Sekundäranspruch	
- Versicherungspflicht		= Anlass für >	2000, 120
= Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V	2000, 151	= Belehrung, fehlerhafte	2000, 120
= Kenntnis der >	2000, 151	= Belehrungsbedürftigkeit, fehlende	2000, 212
<b>Sozietät</b>		= Belehrungsinhalt	2000, 120
- Erfüllungsgehilfe	2000, 253	= Beweislast	2000, 212
- Honorarklage		= Mandatsende	2000, 212
= Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO	2000, 153	- Verjährungsbeginn	
- Rechtsschein		= Ausschlussfrist, versäumte	2000, 120
= Sachbearbeiter, angestellter	2000, 253	= Fristversäumnis, § 72a ArbGG	2000, 212
- Sachwalterhaftung		<b>Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO</b>	
= Gewähr, wirtschaftliches Interesse	2000, 253	- Anerkenntnis	2000, 90
- Verjährung, §§ 68 StBerG, 51a WPO	2000, 176	- Arglisteinwand	2000, 113
- Vertrag mit Sozietät		- Belehrung über Fehler und Verjährungs-	
= > aus WP und StB	2000, 176	vorschrift, Sekundäranspruch	
<b>Steuerberatungsgesetz</b>		= Anlass für >	2000, 5, 50, 113
- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen		= Belehrungsbedürftigkeit	2000, 113
= Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV	2000, 134	= Ende der >, Beratung durch	
= >, unerlaubte	2000, 134	neuen StB	2000, 5
= Rechenzentrum	2000, 134	= Wiederholung des Fehlers	2000, 50
		- Herausgabeanspruch	2000, 248
		- Rechtsausübung, unzulässige	2000, 90
		- Sozietät aus WP und StB	2000, 176

- Verjährungsbeginn		BVerfG v. 11.1.1995 - 1 BvR 892/88	2000, 3
= Bekanntgabe des Steuerbescheides	2000, 50	BVerfG v. 29.10.1999 - 2 BvR 1264/90	2000, 2
= Mandatsende	2000, 116	BVerfG v. 10.11.1999 - 2 BvR 2861/93	2000, 4
= Rat, fehlerhafter	2000, 50	BVerfG v. 11.11.1999 - 1 BvR 762/99	2000, 5
= Sekundäranspruch	2000, 116	BVerfG v. 17.11.1999 - 1 BvR 1708/99	2000, 28
= Steuererklärung		BVerfG v. 19.11.1999 - 2 BvR 1167/96	2000, 55
- § 10e EStG	2000, 50	BVerfG v. 29.11.1999 - 1 BvR 2284/98	2000, 30
- Wiederholung des Fehlers	2000, 90	BVerfG v. 7.12.1999 - 2 BvR 301/98	2000, 29
- Verjährungshemmung		BVerfG v. 14.12.1999 - 1 BvR 1327/98	2000, 54
= Rechtsausübung, unzulässige	2000, 90	BVerfG v. 18.2.2000 - 1 BvR 491/93,	
= Verhandlung	2000, 113	1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98	2000, 106
- Verjährungsunterbrechung		BVerfG v. 24.5.2000 - 1 BvL 1/98 u.a.	2000, 184
= Anerkenntnis	2000, 90, 113		
- Verzicht	2000, 90		
- WP- und StB-Sozietät	2000, 176	BGH v. 28.1.1999 - IX ZR 240/98	2000, 63
		BGH v. 25.3.1999 - IX ZR 283/97	2000, 36
<b>Verjährung, § 12 VVG</b>		BGH v. 22.4.1999 - IX ZR 364/98	2000, 57
- Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	2000, 250	= MDR 99, 1025	
- Verjährungshemmung, § 12 II	2000, 250	BGH v. 6.5.1999 - IX ZR 250/98	2000, 33
		BGH v. 27.5.1999 - VII ZR 24/98	2000, 10
<b>Verjährungsunterbrechung</b>		BGH v. 7.6.1999 - II ZB 25/98	2000, 110
- Anerkenntnis	2000, 90	BGH v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98	2000, 163
- Mahnbescheid	2000, 10	BGH v. 17.6.1999 - IX ZB 32/99	2000, 9
- Verzicht	2000, 90	BGH v. 24.6.1999 - V ZB 19/99	2000, 83
- Zustellung „demnächst“	2000, 10	BGH v. 24.6.1999 - IX ZB 30/99	2000, 84
		BGH v. 20.9.1999 - 5 StR 729/98	2000, 82
<b>Vermögensverwalter</b>		= wistra 99, 459	
- Anlagepolitik, Aktienkäufe	2000, 32	BGH v. 30.9.1999 - IX ZR 139/98	2000, 5
- Informationspflicht	2000, 32	BGH v. 5.10.1999 - VI ZB 22/99	2000, 160
		BGH v. 15.10.1999 - V ZR 50/99	2000, 109
<b>Verschwiegenheit</b>		BGH v. 21.10.1999 - VII ZR 185/98	2000, 132
- Praxisveräußerung	2000, 39	BGH v. 8.11.1999 - II ZB 4/99	2000, 108
		BGH v. 18.11.1999 - III ZR 87/99	2000, 241
<b>Versicherungsschutz</b>		BGH v. 18.11.1999 - IX ZR 402/97	2000, 218
- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages	2000, 127	BGH v. 2.12.1999 - IX ZR 415/98	2000, 135
- Pflichtverletzung, wissentliche		BGH v. 9.12.1999 - IX ZR 129/99	2000, 212
= Postausgangsorganisation, fehlende	2000, 174	BGH v. 13.1.2000 - VII ZR 38/99	2000, 132
- Rücktritt des Versicherers	2000, 127	BGH v. 17.2.2000 - IX ZR 50/98	2000, 187
- Treuhandltätigkeit		BGH v. 30.3.2000 - IX ZR 53/99	2000, 238
= Geldanlage	2000, 250	BGH v. 29.5.2000 - II ZR 347/97,	
- Versichererwechsel	2000, 127	II ZR 75/98, II ZR 118/98	2000, 210
<b>Werbeverbot</b>		KG Berlin v. 12.1.1999 - 1 W 576/97	2000, 153
- Gruppenfoto	2000, 30	= OLG-Report 99, 191	
- Presseveröffentlichung	2000, 30	KG Berlin v. 18.1.1999 - 8 U 3790, 97	2000, 153
- Steuerberatung, unbefugte	2000, 134	= OLG-Report 99, 244	
		KG Berlin v. 20.1.1999 - 13 U 4044/97	2000, 25
<b>Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG</b>		KG Berlin v. 9.9.1999 - 16 U 8959/98	2000, 93
- Steuerberatung, unbefugte	2000, 134		
<b>Wiedereinsetzung</b>		OLG Braunschweig v. 1.9.1999 - 2 W 125/99	2000, 134
- Antrag		= OLG-Report 99, 380	
= Prozesshandlung, nachzuholende	2000, 110		
- Mittellosigkeit der Partei	2000, 83	OLG Celle v. 5.3.1999 - 4 U 216/98	2000, 86
		= OLG-Report 99, 278	
<b>Wirtschaftsprüfer</b>		OLG Dresden v. 1.9.1998 - 14 U 174/98	2000, 134
- Stimmrechtsvertreter	2000, 127	= OLG-Report 99, 286	
- Zulassung			
= Rückwärtsversicherung	2000, 32	OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 - 13 U 92/96	2000, 23
= Vermögensverfall	2000, 32	OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 - 13 U 124/96	2000, 24
= Versicherungsschutz, fehlender	2000, 32		

OLG Düsseldorf v. 28.4.1998 – 4 U 150/97 = OLG-Report 99, 259	2000, 250	OLG Stuttgart v. 4.3.1998 – 9 U 255/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 28.1.1999 – III ZR 100/98 = OLG-Report 99, 210	2000, 82
OLG Düsseldorf v. 29.10.1998 – 6 U 185/97	2000, 12	OLG Stuttgart v. 28.5.1998 – 7 U 202/97	2000, 174
OLG Düsseldorf v. 3.12.1998 – 13 U 225/97	2000, 146	OLG Zweibrücken v. 25.1.1999 – 7 U 131/98 = OLG-Report 99, 431	2000, 113
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 38/98	2000, 67		
OLG Düsseldorf v. 17.12.1998 – 13 U 100/97, n.rkr.	2000, 116		
OLG Düsseldorf v. 7.1.1999 – 13 U 230/97	2000, 90		
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 144/97	2000, 87		
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 43/98	2000, 196		
OLG Düsseldorf v. 4.2.1999 – 13 U 19/98	2000, 248	LG Berlin v. 27.11.1997 – 13 O 19/97 = BB 99, 1591	2000, 125
OLG Düsseldorf v. 18.2.1999 – 13 U 60/98	2000, 141	LG Berlin v. 24.6.1998 – 9 C 322/97	2000, 253
OLG Düsseldorf v. 2.3.1999 – 4 U 37/98 = OLG-Report 2000, 11	2000, 127		
		LG Düsseldorf v. 10.8.1999 – 10 O 526/98, rkr.	2000, 50
OLG Frankfurt v. 29.10.1998 – 1 U 127/97 = OLG-Report 99, 155	2000, 223	LG Hamburg v. 22.6.1998 – 402 O 70/97 = WM 99, 139	2000, 71
OLG Frankfurt v. 16.3.1999 – 8 U 173/98 = OLG-Report 99, 141	2000, 244		
OLG Frankfurt v. 15.4.1999 – 1 U 26/98 = OLG-Report 99, 178	2000, 192	LG Hanau v. 11.12.1998 – 2 S 414/98	2000, 227
		LG Marburg v. 24.6.1999 – 1 O 89/99, rkr.	2000, 149
OLG Hamburg v. 8.6.1998 – 14 U 80/98 = OLG-Report 99, 219	2000, 173	LG Oldenburg v. 29.1.1999 – 6 O 1357/98, rkr.	2000, 176
OLG Hamburg v. 21.10.1999 – 3 U 19/99 = OLG-Report 2000, 189	2000, 238		
		LG Ulm v. 30.10.1998 – I KLS 23 Js 18323/96 I AK 80/97 = wistra 99, 113	2000, 76
OLG Hamm v. 11.6.1996 – 28 U 185/95	2000, 198		
OLG Hamm v. 20.11.1997 – 28 U 115/97, rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH v. 8.10.1998 – IX ZR 5/98 = OLG-Report 99, 296	2000, 120	BFH v. 22.9.1999 – XI R 121/96	2000, 158
OLG Hamm v. 20.10.1998 – 28 U 79/97	2000, 42	BFH v. 18.10.1999 – GrS 2/98	2000, 56
OLG Hamm v. 11.12.1998 – 25 U 75/98	2000, 225	BFH v. 27.10.1999 – II R 17/99	2000, 31
OLG Hamm v. 22.1.1999 – 29 U 42/98 = OLG-Report 99, 238	2000, 165	BFH v. 10.11.1999 – X R 60/95	2000, 80
OLG Hamm v. 24.2.1999 – 25 U 131/98	2000, 193	BFH v. 10.11.1999 – X R 46/97	2000, 81
		BFH v. 2.12.1999 – IX R 45/95, IX R 21/96	2000, 185
OLG Karlsruhe v. 24.2.1999 – 6 U 142/98 = OLG-Report 99, 228	2000, 127	BFH v. 14.12.1999 – IX R 69/98	2000, 107
		BFH v. 19.1.2000 – I R 94/97	2000, 133
OLG Koblenz v. 20.1.1999 – 1 U 903/96 = OLG-Report 99, 342	2000, 134	BFH v. 22.2.2000 – VII R 73/98	2000, 186
OLG Koblenz v. 23.7.1999 – 8 U 2086/98 = OLG-Report 99, 503	2000, 39	BFH v. 24.2.2000 – III R 80/97	2000, 159
		BFH v. 1./2.3.2000 – VI R 162/98, VI R 196/98, VI R 13/99, VI R 19/99	2000, 158
OLG Köln v. 6.11.1998 – 20 U 73/98	2000, 169	BFH v. 16.3.2000 – V R 16/99	2000, 211
OLG Köln v. 22.1.1999 – 20 U 40/98 = OLG-Report 99, 299	2000, 32	BFH v. 6.4.2000 – IX R 90/97	2000, 186
OLG Köln v. 28.5.1999 – 11 U 265/98 = OLG-Report 99, 302	2000, 134	BFH v. 12.4.2000 – XI R 127/96	2000, 236
OLG Köln v. 4.8.1999 – 5 U 74/99	2000, 140	BFH v. 2.5.2000 – IX R 71/96	2000, 237
		BFH v. 2.5.2000 – IX R 74/96	2000, 236
		BFH v. 4.5.2000 – IV R 16/99	2000, 237
		BFH v. 24.5.2000 – II R 25/99	2000, 211
OLG München v. 24.11.1998 – 29 W 3071/98 = OLG-Report 99, 279	2000, 82	VG Dessau v. 23.7.1997 – 2 A 50/95 = WPK-Mitt 97, 320	2000, 32
OLG Oldenburg v. 1.9.1998 – 5 U 74/98	2000, 172		
OLG Rostock v. 16.6.1999 – 6 U 2/98 = OLG-Report 99, 374	2000, 76	BAG v. 14.12.1999 – 3 AZR 713/98	2000, 81
		ArbG Hersfeld v. 4.11.1998 – 2 Ca 255/98	2000, 95
		SG Dortmund v. 15.6.1999 – S 8 KR 191/98	2000, 151

Anspruch auf Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung • Verletzung der richterlichen Aufklärungspflicht • Verspäteter Sachvortrag (BGH);  
Wirtschaftsprüferhaftung • Verjährung, Bilanzerstellung, § 51a WPO • Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten (OLG Düsseldorf);  
Notarhaftung • Steuerliche Belehrung • Kenntnis der Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte (OLG Koblenz);

Steuerberaterhaftung • Lohnbuchhaltung • Versicherung bei der BG • Auftrag zur freiwilligen Versicherung, Meldung bei der BG, Anerkenntnis (OLG Düsseldorf);  
Versicherungsschutz • Vermögensschaden-Haftpflicht • Baubetreuer • Verstoß gegen Aufklärungs- und Hinweispflichten • Sachschaden • Erfüllungssurrogatsanspruch (OLG Celle)  
und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



Das Gerling-Exclusiv-Programm bietet auch in diesem Jahr wieder eine besonders interessante Perspektive zur Geldanlage. Diese Sondertranche für ein Prämien-depot ist befristet bis zum 13.12.2000.

Ob Sie Kapital bilden oder Ihr vorhandenes Vermögen ausbauen wollen, Einkünfte ertragreich und steuer-

begünstigt anlegen möchten oder Ihre finanzielle Zukunftssicherung planen, das Gerling Exclusiv-Programm bietet eine optimale Lösung.

#### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

##### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-53 54  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

##### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

##### Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

##### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

##### Layout und Satz:

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

##### Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

##### Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.